SENATE

Für Politik und Gesellschaft und eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft

Prävention statt Reparatur
Prof. Hendrik Streeck

Lösungen mit Wirtschaft & Politik
Heike Hofmann

Handel schafft Wohlstand
Metin Hakverdi

Mona Neubaur

Akzeptanz und Transformation

Stellvertretende Regierungschefin & Wirtschaftsministerin NRW

Ausgabe 3/25
Einzelpreis 5€

Posthotel
ACHENKIRCH
Wo die Reise beginnt
Das Erwachsenen-Resort in den Tiroler Bergen
SPIELRAUM FÜR DAS ICH
Hier steht die Welt für einen Augenblick still.
Im Posthotel Achenkirch werden Sie ganz ruhig, fühlen sich befreit und lassen sich rundum verwöhnen – reichlich Raum für das Ich und wohltuende Wellness bringen Körper und Geist in Einklang.
7.000 m² Spa- und Wellnessbereich „adults only" ◆ Gourmetküche
◆ TCM-Restaurant TENZO – alpine Kulinarik trifft auf die 5-Elemente-Lehre
◆ Indoor- und Outdoor-Fitnessbereich ◆ Resorteigener 9-Loch-Golfplatz
◆ Lipizzanergestüt mit Reitanlage
POSTHOTEL ACHENKIRCH
6215 Achenkirch am Achensee, Tirol, Austria, T +43 5246 6522, info@posthotel.at, www.posthotel.at

Verantwortung. Lösungen. Zukunft.

Herausgeber Norbert Streveld

Ein herausforderndes Jahr liegt hinter uns. 2025 war für viele ein schwieriges und forderndes Jahr, das den meisten einiges abverlangte. Das galt ebenso für Unternehmen, Verwaltungen, politisch Verantwortliche und all jene, die dieses Land mit Leben füllen. Veränderungen, Unsicherheiten und immer neue Rahmenbedingungen haben den Alltag geprägt. Gleichzeitig hat das Jahr deutlich gemacht, wie stark unser Gemeinwesen ist, wenn wir gemeinsam handeln. Die neue Bundesregierung ist nun mehrere Monate im Amt und erste Weichen werden neu gestellt. Doch der größere Teil der Aufgaben liegt noch vor uns.

Wenn wir über Wirtschaft sprechen, sprechen wir über uns selbst. Wirtschaft, das sind nicht abstrakte Kräfte oder anonyme Strukturen, sondern Millionen von Menschen: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien, Unternehmerinnen und Unternehmer, Handel, Handwerk, Industrie, Dienstleistungen, Behörden, Schulen, Forschungseinrichtungen, … Und letztlich auch Politik und öffentliche Verwaltung, die von der Wirtschaftskraft getragen werden. Verantwortungsvolle Wirtschaft bedeutet deshalb immer auch Verantwortung für die Gesellschaft. Dieser Gedanke sollte alle Akteure für die zukünftige Gestaltung leiten und verdeutlichen, dass jede Form von „Wir gegen die anderen“ weder weiterführt noch unserer Gesellschaft nutzt, im Gegenteil.

Die tatsächlichen Herausforderungen bleiben groß. Deutschland sowie Europa stehen wirtschaftlich und politisch unter Druck, die geopolitischen Veränderungen verlangen Antworten, die über Gewohntes hinausgehen. Deutschland und Europa müssen bereit sein, Bestehendes zu hinterfragen und neue, tragfähige Wege zu denken. Die innere und äußere Sicherheit muss gestärkt werden. Genauso gehören dazu notwendige Strukturreformen – ehrlich benannt, klar begründet und langfristig ausgelegt. Gesundheitswesen, Sozial- und Rentensystem: Wir brauchen Lösungen, die gesamtgesellschaftlich wirken, Eigenverantwortung stärken und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sichern. Systemisches/holistisches, disziplinübergreifendes Denken ist zwingend erforderlich.

Für diesen Weg braucht es Engagement, Kreativität, Innovationskraft und eine klare Vision. Diese Haltung stärkt das Fundament unserer freiheitlichen Ordnung – Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Eine lebendige freiheitliche Demokratie bedeutet, dass nicht alles durch Regulierung vorgegeben werden kann. Zu viele, genau wie auch kleinteilige Regelungen schaffen eine trügerische Sicherheit und gefährden am Ende, was sie schützen sollen. Weniger ist mehr, jedoch konsequente Rechtsstaatlichkeit, also auch Sanktionierung – das ist ein wichtiger Teil der Antwort.

Barack Obama sagte in seiner letzten Rede als US-Präsident: „Demokratie ist dann gefährdet, wenn wir sie als selbstverständlich betrachten.“ Ich ergänze: Demokratie ist nicht perfekt. Sie ist anstrengend, verlangt harte Arbeit, Leidenschaft, Ausdauer und die Bereitschaft zum konstruktiven, pluralen Diskurs. Diese Einsicht ist in Zeiten wie diesen wichtiger denn je.

Damit politische, gesellschaftliche und ökologische Ziele erreichbar sind, ist eine positive wirtschaftliche Entwicklung notwendig, die ökologische und soziale Verantwortung von Anfang an inkludiert. Sie ist die Basis, auf der wir alles andere ermöglichen können.

Der Blick nach vorn zeigt: 2026 wird ein Jahr, in dem Mut zur Veränderung und erst recht klare Lösungs- und Zukunftsorientierung gefragt sind. Die Verantwortung liegt bei allen Akteuren – Politik wie Wirtschaft –, ihren Beitrag zu leisten. Wenn wir dieses gemeinsame Mindset mitnehmen, die anstehenden Aufgaben realistisch und entschlossen angehen, dann können wir 2026 zu einem besseren Jahr gestalten als 2025.

Gehen wir es entschlossen an!

Gewächshaus, Botanischer Garten in Bonn

Politik und Parlament

Mit Wirtschaft und Politik gemeinsam zu Lösungen 22
Heike Hofmann im Gespräch

Akzeptanz und Transformation 40
Fragen an Mona Neubaur

Prävention statt Reparatur 46
Im Interview mit Prof. Hendrik Streek

Haltung in Zeiten gesellschaftlicher Spannungen 58
Rainer Haug

500 Milliarden, klare Kante, neue SPD 62
Im Gespräch mit Tim Klüssendorf

Wirtschaftswelt

Die Erdumlaufbahn gilt längst als begrenzte Ressource 8
Im Interview mit Dr. Holger Krag

Transatlantik-Koordinator der Bundesregierung 34
Im Gespräch mit Metin Hakverdi

Von der Personal Brand zum Thought Leader? 50
Moritz Neuhaus

Wirkungsvolles Coaching 54
Moritz Neuhaus im Interview

Dieses Magazin wird klimaneutral hergestellt.

Prävention statt Reparatur

Seite 46

Mit Wirtschaft und Politik gemeinsam zu Lösungen

Seite 22

Transatlantik-Koordinator der Bundesregierung

Seite 34

Fotos: Heike Hofmann ©spd-darmstadt.de, Metin Hakverdi ©Photothek Media Lab, Mona Neubaur ©MWIKE NRW Nils Leon Brauer

IMPRESSUM

Herausgeber:
Dr. Christoph Brüssel
Dieter Härthe
Norbert Streveld
ViSdP

Adenauerallee 206
53113 Bonn
Tel: +49 (0)228-915-605-0
www.senat-deutschland.de
E-Mail: office@senat-deutschland.de

Hauptstadtbüro:
Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin
Tel: +49 (0)30-40 10 995 0

Redaktion:
Dr. Christoph Brüssel (Chefredaktion)
Redaktionsleitung: Uly Köhler
Michael King-Rolland
Normann Schneider
Lektorat: Alectis.de, Annette Meyer Ziegler
Layout: Heiner Stellmach
Druckerei: Saxoprint
Auflage: 10.000 Exemplare

Gastbeiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Trotz größtmöglicher Sorgfalt kann der Herausgeber keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen übernehmen. Nachdruck, auch auszugsweise unter Angabe der Quelle gestattet. Belegexemplar erbeten.

Akzeptanz und Transformation

Seite 40

Trümmerfeld Erdumlaufbahn

Seite 8

Europa in Flammen

Seite 28

Nachhaltige Wirtschaftswelt

Seelische Nachhaltigkeit und mentale Gesundheit im (Klima-)Wandel 18
Apu Gosalia

Verleihung des SDG Innovation Awards 80
Svenja Reimer

Europa Aktuell

Europa in Flammen 28
Fragen an Stephan Werhan

Ist Trump zu stark, sind wir Europäer zu schwach..... 70
Dr. Walter Döring

Aus dem Senat

„Europa-Tag“ des Senate of Economy Europe..... 76

Deutschland ist in der Kernfusion weltweit führend 77

JahresConvent 2025 78

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Artikel 14(2) Grundgesetz

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

RUCH NOVAPLAST
ideen form geben
www.ruch.de

BHS
www.bhs-world.com

CISION
www.cision.com

dichtl
Chocolatier
www.dichtl.de

vollack
www.vollack.de

IVA SCHMETZ
www.iva-schmetz.de

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Der Ausdruck: Nur Wirtschaft und Politik zusammen werden es packen

Der Eindruck:
Von Herausgeber und Chefredakteur Christoph Brüssel

Wachstum, Markterfolg und Nachhaltigkeit müssen passen. Praxisnahe Lösungen stehen im Fokus der aktuellen politischen Entscheidungserfordernisse.

Leider ist die Wahrnehmung eigentlich eine andere. Die Rufe nach Reformen der zu kräftig empfundenen Regularien und der drückenden Bürokratie sind kaum lauter möglich.
Wer hinter die Kulissen der Politik schauen kann, der sieht, wie ernst das genommen wird.
Es gibt bereits einige wirkungsmächtige Beschlüsse, die Wirkungen werden sich jedoch erst nach dem „Marsch durch die Instanzen" real zeigen. Das ist der erforderliche Lauf der Demokratie. Parlament, Bundesrat und auch die ausführenden Institutionen sind erforderlich, um Regeln und Gesetze aufzustellen.

Jedoch auch die Wahrnehmung ist eine Realität.

Wir müssen besser erkennen können, was denn die konkreten Handlungen sind. Wir brauchen auch wieder mehr Vertrauen in die tatsächliche Regelungsfähigkeit der politischen Instanzen.

Deshalb schmerzen die öffentlichen Zankereien und Wackelpartien, die unglücklichen Schuldzuweisungen oder das Frontengeheule. All das lenkt ab von den tatsächlich laufenden Reformbeschlüssen – über die kaum noch gesprochen wird –, obwohl sie bereits da sind.

Andererseits, nur zurücklehnen und fordern ist auch nicht die reine Kunst der Verantwortung. Das riesige Innovationspotenzial aus der Wirtschaft, besonders im Mittelstand zu finden, kann wirklich als Lösungskompetenz die richtigen Ergebnisse bringen.
Die Herausforderungen unserer komplexen Gegenwart werden nicht durch Verwaltungsregeln oder Verbote, Berichtspflichten oder Strafen zu bewältigen sein.
Innovation vor Ideologie, Schaffenskraft vor Taxonomiediktat, nur so öffnen sich Lösungsräume.

Das bedeutet jedoch im Umkehrschluss aufstehen, mitmachen, motiviert anpacken.
Tatsächlich, die Politik führt doch keine Unternehmen. Erfolg kam wohl doch noch nie durch Parlamentsbeschluss. Unternehmerinnen und Unternehmer mit marktgerechten Ideen, mit inspirierenden Innovationen und mit der Kraft zur Führung, das sind die Erfolgsgeschichten.
Nicht die, die sich zurücklehnen und warten, was denn da auf sie zukommt, die Engagierten, die Mobilen, die Aktiven, das sind die Gewinner.

Und deshalb bin ich überzeugt, ohne die Wirtschaft ist Politik nichts. Ohne Politik wird Wirtschaft aber weiter innovativ, motiviert und erfolgreich Wege finden können. War es nicht immer so.
Besser allerdings läuft es, wenn die Regeln des Marktes und des Miteinanders gut gesetzt sind. Genau deshalb ist ein Zusammenwirken von Wirtschaft und Politik der einzige Weg zu einem sinnvollen gesellschaftlichen Erfolg.

Nach ein paar Jahren des offensichtlichen Vorrangs der Ideologie braucht es praxisnahe Regeln, die auch durch Akzeptanz mitgetragen werden und die auch Wachstum möglich sein lassen. Ich will in der Demokratie leben, deshalb akzeptiere ich die Mitsprache, denn ich will auch mitsprechen. Das bedeutet, Beschlüsse müssen durch die Parlamente.
Es braucht ebenso die Mitwirkung der Wirtschaft durch verantwortungsvolle und eigeninitiative Schaffenskraft. Auch als Unterstützung derjenigen in der Politik, die ernsthaft an den erforderlichen Regelungen, für beide Seiten, arbeiten.

Miteinander wird's gehen.

Die Erdumlaufbahn gilt längst als begrenzte Ressource

Was einst als grenzenloser Raum galt, droht zum vollgestopften Trümmerfeld zu werden

Von Normann Schneider

Dr. Holger Krag

Foto: @ESA / J. Mai

Weltraumschrott – Gefahr im Orbit

Über unseren Köpfen wird es eng. Rund 40.000 Objekte werden derzeit von internationalen Überwachungssystemen verfolgt – doch in Wahrheit treiben weit mehr Trümmer, Wrackteile und ausgebrannte Raketenstufen durchs All. Nach dem aktuellen ESA-Report wächst die Zahl der Objekte im Orbit schneller, als sie in der Erdatmosphäre verglühen können. Allein 2024 entstanden bei mehreren Explosionen und Fragmentierungen Tausende neuer Trümmer – oft ohne jede Kollision.

Die ESA warnt: Der erdnahe Orbit droht zum gefährlichsten Schrottplatz der Menschheit zu werden. In manchen Umlaufbahnen ist die Dichte inaktiver Objekte und Schrottteilchen bereits höher als die der funktionierenden Satelliten. Jeder Aufprall kann eine Kettenreaktion auslösen, die den Orbit für Jahrzehnte unbrauchbar macht. Zwar werden immer mehr Raumfahrtobjekte aus ihrer Umlaufbahn kontrolliert entsorgt, doch ohne gezielte Bergung wächst der Müllberg weiter – und mit ihm das Risiko, dass aus dem Nutzen der Raumfahrt eine permanente Bedrohung wird.

Satelliten, die miteinander kollidieren, produzieren eine ganze Wolke neuer Trümmer

Wenn wir über Weltraumschrott sprechen, fehlt vielen eine konkrete visuelle Vorstellung. Kann man dieses Chaos im Orbit eigentlich sichtbar machen oder bleibt es für uns unsichtbar?

Ja, das kann man. Raumfahrtschrott hat alle möglichen Größen – von winzig kleinen Teilchen bis zu großen Objekten. Grundsätzlich gilt: je kleiner, desto mehr. Man kann Objekte oberhalb einer gewissen Größe – also etwa ab der Größe eines Smartphones – mit den entsprechenden Systemen beobachten. Dazu braucht man allerdings sehr leistungsstarke Radarsysteme oder Teleskope, wie sie heute fast nur das Militär besitzt.

Wenn man diesen Aufwand betreibt, sieht man etwa 40.000 Objekte, die diese Mindestgröße haben. Und die sind alle menschengemacht. Das sind Satelliten, die mal funktionsfähig waren, Raketenstufen, die außer Betrieb sind, oder Trümmer davon. Wir haben mittlerweile über 600 Ereignisse registriert, bei denen sich Objekte von selbst zerlegt haben – etwa durch verbliebene Treibstoffreste an Bord, die nach Jahren reagieren und Explosionen verursachen.

Diese Explosionen erzeugen noch viel kleinere Teilchen, die wir nicht mehr direkt sehen, aber über Modellrechnungen abschätzen. Wir gehen davon aus, dass es oberhalb von einem Zentimeter mehr als eine Million solcher Trümmerstücke gibt und oberhalb von einem Millimeter rund 130 Millionen. Und es geht weiter: Auch mikrometergroße Teilchen befinden sich im Orbit.

Alles, was dort unterwegs ist, bewegt sich mit sehr hoher Geschwindigkeit – etwa 25.000 Kilometer pro Stunde. Wenn sich zwei solcher Objekte begegnen, können die relativen Geschwindigkeiten doppelt so hoch sein. Und wenn dabei ein ein Zentimeter großes Teilchen auf einen Satelliten trifft, kann das den kompletten Verlust des Satelliten bedeuten.

Angesichts dieser immensen Objektzahlen stellt sich die Frage: Welche Strategien gibt es heute, um neue Trümmer zu vermeiden, und wie realistisch ist es, bestehenden Weltraumschrott überhaupt kontrolliert zu beseitigen oder zu recyceln?

Also, das Wichtigste ist erstmal: Gar keinen neuen Schrott mehr erzeugen. Das ist wie mit dem Plastik im Meer – das Rausfischen ist teuer und fragwürdig, wenn ständig neuer Müll hinterherkommt. Man muss erstmal aufhören, ihn zu produzieren.

Wir fordern deshalb von allen Missionen – auch unseren eigenen ESA-Missionen –, dass sie sich nach Ende des Betriebs selbständig entsorgen, also auf eine Umlaufbahn gehen, von der aus sie innerhalb weniger Jahre wieder in die Atmosphäre eintreten und verglühen. Dann sind sie keine Gefahr mehr für andere Satelliten.

Was wir unbedingt vermeiden müssen, sind Kollisionen. Wenn ein Satellit getroffen wird, ist er nicht nur verloren, sondern er produziert eine ganze Wolke neuer Trümmer, die wiederum für alle anderen gefährlich werden. Es geht also nicht nur um Selbstschutz, sondern um den Schutz der Umgebung.

Kategorie	Anzahl (ESA-Schätzung 2025)	Beschreibung/Risiko
Objekte > 10 cm	ca. 54.000	Ehemalige Satelliten, Raketenstufen, größere Trümmerteile
Objekte 1–10 cm	ca. 1,2 Mio.	Hochgefährlich für aktive Satelliten, da schwer ortbar
Objekte 1 mm–1 cm	ca. 130 Mio.	Unsichtbare Geschosse, die immer noch schweren Schaden anrichten können
Aktive Satelliten	ca. 11.000	Viele Teile von Megakonstellationen wie Starlink
Zunahme 2024	Mehrere tausend neue Fragmente	Entstanden durch Explosionen und Fragmentierungen
Hauptursache	Fragmentierung	Selbstzerlegung von Alt-Satelliten und Resttreibstoff
Gefahr	Exponentiell wachsendes Risiko	Jeder Aufprall erzeugt neue Trümmer und trägt dazu bei, dass die Wahrscheinlichkeit für weitere Kollisionen steigt

Quelle: ESA/ESOC

Und dann gibt es die zweite Maßnahme: Solange ein Satellit noch im All ist, darf er sich auf keinen Fall selbst zerlegen, also explodieren. Dazu muss alle verbliebene Restenergie –Treibstoff, Batterien – passiviert, also abgelassen oder entladen werden. Wenn man diese beiden Maßnahmen überall konsequent umsetzen könnte, würde die natürliche Reinigung durch die Atmosphäre – also durch Luftwiderstand in tieferen Umlaufbahnen – ausreichen, um die erdnahen Orbits über Jahre und Jahrzehnte wieder sauberzumachen.
Aber das funktioniert heute nicht zuverlässig, weil wir es technisch nicht immer schaffen. Wir bemühen uns, aber wir sind nicht gut genug in der Umsetzung. Die Zahl der Objekte nimmt weiter zu. Das heißt, wir haben kein Regulierungsproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Es gibt kaum noch jemanden, der sagt: „Das ist mir egal“. Aber es ist technisch schwierig. Manchmal verlieren wir Raumfahrzeuge einfach, weil die Technik versagt. Dann können auch Entsorgungsmanöver nicht mehr durchgeführt werden.

Sie haben beschrieben, wie entscheidend die Vermeidung von neuem Schrott ist. Welche konkreten Technologien und Konzepte entwickelt die ESA, um Entsorgung künftig zuverlässig und im Idealfall sogar automatisiert sicherzustellen?

Wir entwickeln Technologien, um das Entsorgen sicherer zu machen – hundertprozentig, wenn möglich. Das ist unsere Aufgabe hier. Man muss sich das so vorstellen: Wenn ein Auto kaputtgeht, kann man den Abschleppdienst rufen. Im All geht das nicht. Da bleibt das Fahrzeug, wo es ist – für immer. Und irgendwann fahren andere dagegen.
Deshalb denken wir über Möglichkeiten nach, wie man sicherstellen kann, dass so ein Satellit trotzdem verschwindet. Zum Beispiel durch ein zweites, kleines Modul, das nur für die Entsorgung da ist und das den Satelliten am Ende seiner Lebensdauer aus der Bahn schiebt. Oder durch spezielle „Abschleppfahrzeuge“, die starten, ein Objekt greifen und es kontrolliert zum Wiedereintritt bringen. Diese Technologie wird gerade entwickelt. In wenigen Jahren wird es erste Demonstrationen im All geben.

In der lebendigen Natur geschieht nichts, was nicht in Verbindung mit dem Ganzen steht.

Johann Wolfgang von Goethe

denecke zahnmedizin
Wir machen Lächeln.®
www.denecke-zahnmedizin.de

primo ESPRESSO
https://primo.cafe/

CiS®
connect with confidence.
www.cis.de

Kraus®
www.kraus.de

WELT WALD KLIMA
WORLD FOREST FOUNDATION

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Foto: @ESA / ATG Media Lab

Entsorgung und Vermeidung können nur funktionieren, wenn sie international getragen werden. Wie abgestimmt agieren Raumfahrtnationen heute?

Gute Frage. Europa ist nicht der größte Player in der Raumfahrt – das sind andere. Aber alle haben die gleichen Probleme. Niemand hat die perfekte Lösung, wie man das absolut sicher und zuverlässig macht. Es gibt einen klaren Zusammenhang: Je mehr Raumfahrtaktivität, desto mehr Schrott.
Wenn wir also in diese Technologien investieren, tun wir das auch mit dem Ziel, dass damit neue Regeln möglich werden. Wenn es funktioniert und nicht zu teuer ist, kann ein Gesetzgeber sagen: „Gut, dann schreiben wir das jetzt vor." Dann ziehen auch andere nach.
Wir arbeiten außerdem international zusammen – in Expertengruppen, Gremien und über Abkommen. Eine sogenannte „Zero Debris Charter" wurde inzwischen von mehr als 200 Organisationen unterzeichnet. Sie alle haben sich darauf verständigt, weitergehende Maßnahmen vorzusehen – das ist das Ziel bis 2030. Aber: Es muss immer jemand vorangehen und zeigen, dass es geht.

Und technisch – wie läuft so ein „Abschleppmanöver" eigentlich ab? Das klingt ja fast wie Sci-Fi. Wo liegen die größten Herausforderungen bei der Entfernung großer inaktiver Objekte? Wie kann man sich das technisch vorstellen, fangen Sie die Satelliten mit Netzen ein?

Nein, nicht die kleinen Teile. Die sind zu empfindlich, die verglühen sowieso schneller, weil sie durch den atmosphärischen Widerstand stärker abgebremst werden. Wir konzentrieren uns auf die großen Objekte. Wenn die sich nämlich zerlegen, entstehen sofort Tausende von kleinen.

Also: Wir müssen die Quelle beseitigen. Ein „Abschleppvehikel“ könnte ein großes, inaktives Objekt – sagen wir von mehreren hundert Kilogramm oder sogar Tonnen – anfliegen, sich synchronisieren, greifen, abbremsen und gemeinsam mit ihm in die Atmosphäre eintauchen. Das ist aufwendig, aber effektiv.

Und dieser Aufwand könnte sich lohnen. Denn wenn es irgendwann Vorschriften gibt, dass gestrandete Objekte entfernt werden müssen, entsteht auch ein Markt. Vielleicht kann man dafür sogar Versicherungen anbieten: Wer einen Satelliten startet, zahlt eine Prämie – und wenn das Ding stecken bleibt, finanziert die Versicherung die Rückholung. So verbindet man Ökologie mit Ökonomie.

Und wenn man schon so weit ist, kann man noch weiterdenken: Warum einen defekten Satelliten gleich entsorgen, wenn man ihn vielleicht reparieren oder betanken kann? Man nennt das „In-Orbit Servicing“. Das ist wie eine Werkstatt im All – oder eine „Space Garage“. Vielleicht können wir in Zukunft Satelliten reparieren, auftanken oder recyceln, statt sie zu ersetzen.

Das ist technisch sehr komplex, aber genau dahin führt unsere Roadmap: von einfachen Entsorgungsmissionen zu komplexeren Reparaturen, Nachbetankungen und Recyclingprojekten im Orbit.

Ganz praktisch gefragt: Droht uns am Boden wirklich Gefahr? Oder ist das eher ein Mythos? Oder muss man Angst haben, dass einem „der Himmel auf den Kopf fällt?“

Die Möglichkeit besteht, aber sie ist sehr gering. Bisher wurde niemand verletzt. Aber die Wahrscheinlichkeit steigt, wenn die Aktivitäten im All zunehmen. Wir arbeiten hart daran, das Risiko beim Wiedereintritt zu minimieren. Entweder durch kontrollierte Wiedereintritte – also gezielt über unbewohnten Gebieten, zum Beispiel über dem Meer – oder durch Materialien, die vollständig verglühen. Viele Komponenten bestehen bisher aus Titan oder Edelstahl, die nicht schmelzen. Deshalb entwickeln wir neue Designs, die sicher abbrennen.

Wir testen das sogar im Flug – das Projekt heißt DRACO – und beobachten, wie sich die Teile beim Wiedereintritt verhalten. Vor ein paar Monaten ist über Polen eine Raketenstufe abgestürzt, mehrere Tanks haben überlebt und sind nur wenige hundert Meter neben einer Autobahn niedergegangen. Zum Glück ohne Verletzte. Aber es zeigt: Die Gefahr ist real.

Foto: @ESA / ATG Media Lab

Copernicus Sentinel-1D

Der Satellit Sentinel-1D ist Teil des europäischen Erdbeobachtungsprogramms Copernicus, das Daten für Klimaforschung, Katastrophenschutz und Umweltüberwachung liefert. Ausgestattet mit einem hochauflösenden C-Band-Radar liefert er rund um die Uhr präzise Bilder der Erdoberfläche – unabhängig von Wetter oder Tageslicht. So lassen sich Bodenbewegungen, Meereis, Ölteppiche oder Schiffsverkehr zuverlässig erfassen.

Entwickelt von Thales Alenia Space und Airbus Defence & Space, stärkt Sentinel-1D Europas Fähigkeit, Umweltveränderungen global zu beobachten.

In den Orbit gebracht wurde er von der neuen europäischen Trägerrakete Ariane 6, Symbol für Europas eigenständigen Zugang zum All.

Die Mission ist zivil, aber ihre Daten können sekundär auch sicherheitsrelevant verwendet werden.

Sie übernehmen in Darmstadt auch die Überwachung potenzieller Zusammenstöße. Wie funktioniert dieses „Verkehrsmanagement" im Orbit in der Praxis? Müssen Sie eigentlich oft eingreifen und Satelliten ausweichen lassen?

Genau. Wir sind hier verantwortlich für den Betrieb der ESA-Satellitenflotte – und dazu gehört auch die Kollisionsvermeidung. Wir wissen dank Überwachungssystemen, wo die rund 40.000 bekannten Objekte herkommen, wie groß sie sind und wo sie morgen sein werden.
So können wir Warnungen ausgeben und rechtzeitig ausweichen. Früher war das etwas Besonderes, heute ist es Routine. Etwa alle zwei Wochen führen wir ein solches Ausweichmanöver durch.
Und das betrifft nicht nur Weltraumschrott, sondern manchmal auch zwei aktive Satelliten, bei denen sich die Betreiber absprechen müssen, wer ausweicht. Man könnte sagen, wir fangen gerade erst an, den Verkehr im All zu managen – so wie in der Luftfahrt mit Fluglotsen, Regeln und Pflichten. Aber im Weltraum gibt's so etwas bisher kaum.

Heute ist das Thema allgegenwärtig, Weltraumschrott. War den Raumfahrern eigentlich von Anfang an klar, was sie da anrichten, oder hat man das Problem erst spät begriffen?

Das war gar nicht so früh. Nach Sputnik ging es erstmal 20 Jahre munter weiter. Erst Mitte der 1970er hat ein NASA-Ingenieur simuliert, was passiert, wenn immer mehr Objekte auf engem Raum unterwegs sind.
Er kam zu dem Schluss: Es wird Kollisionen geben, die wiederum neue Trümmer erzeugen – und diese neuen Trümmer können neue Kollisionen auslösen.

Foto: Copernicus Sentinel-1D ©ESA

Es gibt bisher keine globalen „Verkehrsregeln“ im All

Eine Kettenreaktion. Dieses Phänomen nennt man heute „Kessler-Syndrom“. Es hat dann nochmal 20 Jahre gedauert, bis sich die großen Raumfahrtagenturen zusammengeschlossen haben und gesagt haben: Wir müssen das verhindern.
Heute gibt es nationale Gesetze, die vorschreiben, wie Satelliten entsorgt werden müssen. Ein deutscher Betreiber muss sich an deutsches Recht halten, ein französischer an französisches. Aber ein wirklich verbindliches internationales UN-Gesetz gibt es noch nicht.

Es gibt auch natürliche Risiken aus dem All. Wie gut sind wir heute in der Lage, potenziell gefährliche Asteroiden frühzeitig zu erkennen? Die Erde wurde ja schon von Asteroiden getroffen, die die Dinosaurier ausgelöscht haben. Kann man das heute verhindern?

Ja. Wir kennen heute alle großen Brocken, die der Erde gefährlich werden könnten. Die kommen in den nächsten hundert Jahren nicht. Aber es gibt viele kleinere, die wir kaum kennen. So einer kleiner ist vor zehn Jahren in Sibirien explodiert – über der Stadt Tscheljabinsk. 1000 Menschen kamen ins Krankenhaus. Das war ein Objekt von etwa 20 Metern Durchmesser. Diese kleineren Brocken können uns noch mehrfach überraschen.

Wir wollen deshalb ein Netzwerk von Teleskopen aufbauen, um sie frühzeitig zu entdecken – idealerweise drei Wochen vorher. Vor zwanzig Jahren war das Science-Fiction, heute ist es real. Wir haben bereits einen ersten Abwehrtest durchgeführt – eine Mission aus meinem Programm. Und wir planen eine neue Mission mit dem Namen RAMSES, die den Asteroiden Apophis erforschen wird. Er kommt der Erde 2029 sehr nahe – so nahe, dass sich seine Oberfläche durch die Gezeitenkräfte verändern wird. Wir werden die Gelegenheit nutzen, ihn genau zu vermessen und zu analysieren. So lernen wir, wie wir künftige Einschläge verhindern können.

Der Erdorbit wird zunehmend dichter. Wer legt eigentlich fest, wo der ganze Satellitenverkehr langfliegt? Gibt es da jemanden, der den Überblick behält?

Es gibt keine reservierten Bahnen. Jeder darf grundsätzlich überall hin, solange sein Land zustimmt. Es gibt aber Funkfrequenzen, die koordiniert werden müssen – sonst stören sich die Satelliten gegenseitig. Darüber hinaus gibt es bisher keine globalen „Verkehrsregeln“ im All. Das ist ein Thema der Zukunft – dass wir lernen, auch das zu strukturieren.

Darf ich kurz auf die persönliche Ebene wechseln: War die Weltraumbegeisterung bei Ihnen eigentlich schon früh da?

Ja, absolut. Schon als Kind war ich fasziniert vom Universum, von Astronomie, von Planeten. Ich habe Bücher darüber gelesen, über die Entwicklung des Universums.

Und die klassische Pflichtfrage: Star Wars oder Star Trek?

Ich kann beides genießen. Ich gehöre nicht zu denen, die sich über die technische Ungenauigkeit ärgern. Ich kann mich da wunderbar entspannen – auch wenn die Technik völlig überzogen ist.

Wenn man die Vielzahl entdeckter Planetensysteme betrachtet, ganz ehrlich: Halten Sie außerirdisches Leben für wahrscheinlich?

Ich halte außerirdisches Leben für durchaus wahrscheinlich. Bei so vielen Sternen und Planetensystemen – von denen wir Tausende kennen – ist es fast sicher, dass irgendwo Leben entstanden ist. Ob es intelligentes Leben gibt, das gleichzeitig mit uns existiert, ist eine andere Frage. Wir Menschen sind seit vielleicht 200 Jahren technologisch so weit, dass man uns überhaupt bemerken könnte. Es ist also sehr unwahrscheinlich, dass sich zwei Zivilisationen zur gleichen Zeit entwickeln und begegnen. Die Distanzen sind zu groß. Vielleicht gibt es sie, aber treffen werden wir sie wohl nie.

Noch ein ernster Punkt: die militärische Nutzung des Weltraums. Droht im All ein „Krieg der Sterne"?

Ja, leider. Der Weltraum ist militärisch relevant, und es gibt Länder, die die Fähigkeit haben, Satelliten abzuschießen – vom Boden aus oder mit Sprengsätzen. Solche Tests hat es in der Vergangenheit gegeben, in den USA, Russland, China, Indien. Das ist aus Sicht der Weltraumsicherheit katastrophal, denn eine Trümmerwolke unterscheidet nicht zwischen „gut" und „böse". Sie betrifft alle, sie umkreist den gesamten Planeten. Deshalb ist es wichtig, den Weltraum nicht in bewaffnete Konflikte hineinzuziehen.

Zum Abschluss noch eine der populäreren Fragen: Gibt es vom Apollo-Programm eigentlich noch sichtbare Spuren auf dem Mond und kann man die heute noch erkennen?

Ja, die gibt es. Vom Boden aus nicht, aber mit Mondsonden. Da sieht man deutlich die Landestellen der Apollo-Missionen, das Landemodul – sogar die Fußspuren. Aber es gibt natürlich immer noch Verschwörungstheorien. Ich denke, der Aufwand, das alles zu fälschen, wäre größer gewesen als die Mission selbst.

Zur Person:

Dr. Holger Krag leitet bei der Europäischen Weltraumorganisation ESA das Programm für Raumfahrtsicherheit („Space Safety Programme") am European Space Operations Centre (ESOC) in Darmstadt. Der promovierte Luft- und Raumfahrtingenieur gilt als führender Experte für Weltraummüll. Seit 2019 verantwortet er die Überwachung, Vorwarnung und Abwehr von Gefahren aus dem All – von Satellitenkollisionen bis zur Asteroidenabwehr. Krag war zuvor Leiter des Space Debris Office und ist international als Experte für nachhaltige Raumfahrtnutzung und operative Frühwarnsysteme anerkannt. Seine Arbeit verbindet Technologie, Wissenschaft und globale Sicherheitsaspekte der modernen Raumfahrt.
http://www.esa.int/esoc_de

Wir müssen sagen, was wir denken, müssen tun, was wir sagen, und müssen sein, was wir tun.

Alfred Herrhausen

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

BLACK FOREST MEDICAL GROUP
www.blackforestmedical.com

SONOTRONIC ULTRASONICS TECHNOLOGY
www.sonotronic.com

ROWE
www.rowe-mineraloel.com

SAXOPRINT
www.saxoprint.de

VAUTH SAGEL HOLDING
www.vauth-sagel.de

PPS part of the family HABAU GROUP
www.pipelinesystems.com

KENDRION WE MAGNETISE THE WORLD
www.kendrion.com

CHAMPIGNON-HOFMEISTER UNTERNEHMENSGRUPPE
HOFMEISTER ST.MANG ALPAVIT
www.champignon.de

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Seelische Nachhaltigkeit und mentale Gesundheit im (Klima-)Wandel

Von Apu Gosalia

Apu Gosalia

Seelische Nachhaltigkeit bezieht sich darauf, das seelische Wohlbefinden und die mentale Gesundheit langfristig zu erhalten und zu fördern, sowohl auf individueller Ebene als auch in Unternehmen und der Gesellschaft. Angesichts zunehmender psychischer Belastungen, wie beispielsweise durch den Klimawandel, muss auch die psychische Versorgung demensprechend angepasster und nachhaltiger gestaltet werden. Der nachfolgende Artikel beschreibt die Problematik und auch mögliche Lösungen.

Der Klimawandel bringt zahlreiche Herausforderungen für den Menschen und seine Umwelt mit sich: Als direkte Folge erleben wir bereits heute häufiger extreme Wetterereignisse wie Hitze, Stürme und Starkregen. Auch indirekte Klimawandelfolgen wie Ernteausfälle durch Dürren, die Verbreitung von Infektionskrankheiten oder ein beschleunigtes Artensterben sind sichtbar. Diese weltweit zu beobachtenden Auswirkungen zeigen sich auch zunehmend in Deutschland, mit tiefgreifenden Folgen für die Bevölkerung – zuletzt in diesem Sommer.
Und einmal mehr hat meine Heimatstadt Mannheim 2025 leider den Titel der heißesten Stadt Deutschlands inne – unter anderem, weil dort über 50 Prozent der Verkehrsfläche versiegelt ist. Obwohl das Problembewusstsein wächst und Konzepte wie das der „Schwammstadt“ existieren, können Jahre vergehen, bis aus den ambitionierten Plänen und Maßnahmen eine spürbare Abkühlung wird– vielleicht Jahrzehnte.

Zu erwartende Folgen des Klimawandels können Gefühle wie Wut, Hilflosigkeit und Verzweiflung auslösen und so zu einer mentalen Belastung führen

An heißen Tagen steigt in Mannheim und anderen Großstädten Deutschlands beispielsweise die Belastung durch Kreislaufbeschwerden und bereits bestehende Krankheiten können verschlechtert werden. In einigen Fällen können Hitze und Unwetter gar zu Todesfällen führen. Neben diesen körperlichen Folgen kann Hitze auch negative Effekte auf die menschliche Psyche haben. So können Beeinträchtigungen der Schlafqualität und -quantität, verursacht durch die ausbleibende nächtliche Abkühlung, zu verminderter Konzentrationsfähigkeit und Arbeitsleistung führen. Dies kann wiederum zu einem Anstieg von Arbeits- und Verkehrsunfällen beitragen. Zudem wird bei Hitze eine Zunahme aggressiven Verhaltens beobachtet. Krankenhauseinweisungen infolge psychiatrischer Notfälle und das Risiko für Suizide steigen ebenfalls, so die Studie „Klimakrise und psychische Gesundheit" (B_Pt_K_Curriculum_Klimakrise_und_psychische_Gesundheit_e99b57b3d4.pdf) der Bundespsychotherapeutenkammer aus dem Jahr 2023. Besonders betroffen hiervon sei die Gruppe der psychisch Vorerkrankten.

Der Klimawandel wirkt sich also nicht nur auf die körperliche, sondern in unterschiedlicher Weise auch auf die mentale Gesundheit der Menschen aus. Nicht nur beeinflussen die steigende Häufigkeit und Intensität heute bereits spürbarer Extremwetterereignisse – wie beispielsweise der zuvor beschriebene Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur – in direkter Weise die psychische Gesundheit; sondern auch zukünftig zu erwartende Folgen des Klimawandels können Gefühle wie Wut, Hilflosigkeit und Verzweiflung auslösen und so zu einer mentalen Belastung führen.

Ausgeprägte diffuse Zukunftsängste und Gefühle der Hoffnungslosigkeit mit Blick auf die fortschreitende Erderwärmung und Zerstörung der Lebensgrundlagen beschäftigen viele Menschen. In einigen Fällen können sie zu manifesten psychischen Erkrankungen wie Angststörungen oder Depressionen beitragen. Das Erleben von existenziellen Gefahrensituation durch Stürme, Starkregen, Überschwemmungen und Überflutungen kann außerdem zu posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) führen, gerade in Verbindung mit den weiteren Krisen und Herausforderungen unserer Zeit durch Kriege, wirtschaftliche Unsicherheiten und soziale Ungleichheiten.

Die Auseinandersetzung mit dem Klimawandel kann Gefühle hervorrufen, die einen weiteren psychischen Belastungsfaktor darstellen. Die Trauer oder der Schmerz über eine tatsächlich erlebte Veränderung oder den Verlust des vertrauten Lebensraums werden als sog. Solastalgie" bezeichnet.

Jedoch bereits der Gedanke an eine mögliche Zerstörung der Lebensgrundlagen durch den Klimawandel kann psychisch belasten. Neben Gefühlen wie Wut, Hilflosigkeit oder Verzweiflung spielt dabei auch die sogenannte Klimaangst eine Rolle, also die Angst vor dem Klimawandel und seinen Folgen. Bei Klimaangst handelt es sich nicht um eine psychische Erkrankung per se, sondern um eine natürliche Reaktion auf die erwartete Bedrohungslage, die daher erst einmal nicht behandlungsbedürftig ist. Jedoch können die Sorgen ums Klima psychische Erkrankungen auslösen oder zumindest mitbedingen.

Die kontinuierliche Optimierung der Arbeitsbedingungen und die Schaffung nachhaltiger Arbeitskulturen sind entscheidend, um das psychische Wohlbefinden der Mitarbeitenden zu sichern

„Bei Klimaangst handelt sich um eine Form von psychologischem Stress, der durch Zukunftssorgen ausgelöst wird – und zwar sowohl um die eigene Zukunft als auch die der gesamten Menschheit und Natur. Angesichts der derzeitigen globalen Situation ist Klimaangst eine rationale Reaktion", erklärt Dr. Sebastian Karl, Arzt und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Seelische Gesundheit in Mannheim: „Man könnte auch sagen, wenn solche Gefühle nicht hochkommen, dann ist vielleicht das Ausmaß und die Bedeutung dieser Umweltkrisen einfach bisher nicht so klar geworden." Doch Klimaangst ist nichts Neues. Sie gibt es, seit Menschen klar wurde, was der Klimawandel für sie und den Rest der Welt bedeutet. Aber: „Die Ursache der Gefühle war vor mehreren Jahrzehnten noch nicht so unmittelbar erlebbar und so präsent, wie das jetzt der Fall ist", sagt Dr. Karl. In Kombination mit weiteren individuellen Belastungen oder auch bei wiederkehrenden Sorgen wegen des Klimawandels kann hierdurch psychischer Leidensdruck ausgelöst oder verstärkt werden.

Die Sorgen um die Auswirkungen des Klimawandels sind bei Kindern und Jugendlichen in besonderer Weise ausgeprägt. So gaben bei einer Studie des Umweltbundesamtes (UBA) 72 Prozent der Befragten im Alter von 14 bis 22 Jahren an, dass sie der Zukunft von Umwelt und Klima eher oder sehr pessimistisch entgegensehen. Dass vor allem Jüngere unter Klimaangst leiden, hat zwei Gründe: Zum einen werden sie im Alter die negativen Auswirkungen des Klimawandels miterleben und mit ihnen umgehen müssen. „Bei ihnen ist tatsächlich die Belastung, die durch diese Gefühle entsteht, höher, weil es eben konkret um ihre Zukunft geht", so die Psychologin Katharina van Bronswijk. Dazu kommt, dass Kinder und Jugendliche in einer vulnerablen Phase ihres Lebens nicht so souverän mit Emotionen umgehen können wie Erwachsene.

Um einen besseren Überblick über die Verteilung psychischer Belastungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel in Deutschland zu erhalten sowie die psychische Gesundheit der Bevölkerung zu schützen und die Widerstandsfähigkeit gegenüber psychischen Erkrankungen zu stärken, wurde vom Bundesumweltministeriums das Forschungsvorhaben „Mentale Auswirkungen des Klimawandels" (https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/05_2025_uug.pdf) in Auftrag gegeben. In dem in den vergangenen drei Jahren vom UBA durchgeführten Projekt wurden unter anderem Interviews mit Expert*innen aus Psychologie und Psychotherapie geführt und im Rahmen einer repräsentativen Studie 1300 Personen ab 18 Jahre online befragt. In der Studie gaben 53 Prozent der Befragten an, sich mental stark oder sehr stark durch den Klimawandel belastet zu fühlen. Der im Rahmen des Forschungsprojekts entstandene „Ratgeber für mentale Gesundheit im Klimawandel" (https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/uba_ratgeber-mentale-gesundheit_2024_2.pdf) (01/2025) bietet Hilfestellung für Betroffene und eine Orientierung, wie diese inmitten des Klimawandels ihr psychisches Wohlergehen und das ihrer Mitmenschen stärken können. Er richtet sich an Menschen, die den Klimawandel und seine Folgen als psychisch herausfordernd wahrnehmen und nach Möglichkeiten suchen, einen gesunden Umgang mit den damit verbundenen Belastungen zu finden. Hierbei gibt der Ratgeber vor allem Antworten auf Fragen, welche Art von Belastungen es durch den Klimawandel gibt und welche individuell auf bestimmte Personen zutreffen, warum mentales Wohlbefinden so wichtig ist und wovon es abhängt, sowie mit welchen konkreten Strategien die mentale Gesundheit gestärkt und angesichts von Klimaangst geschützt werden kann.

Das kann zum Ersten die eigene Information bzw. Beschäftigung mit dem Klimawandel und den Auslösern sein, um für sich selbst abzuleiten, wie man einen Beitrag gegen den Klimawandel leisten kann, sei es durch das Einsparen von Plastik, den Tausch des Autos gegen das Fahrrad oder dem saisonalen Einkauf.
Auch der achtsame Umgang mit den eigenen Gefühlen und die Akzeptanz, dass man selbst nur einen gewissen Handlungsspielraum hat und die eigenen Möglichkeiten beschränkt sind, kann im Umgang mit Klimaangst helfen, genauso wie der wertschätzende Austausch mit anderen.
Das Forschungsvorhaben zeigt jedoch, dass es mitunter am wirkungsvollsten ist, sich selbst für konsequenten Klimaschutz einzusetzen, am besten mit anderen Menschen zusammen. Durch den Austausch kann man einerseits seine Sorgen mit anderen teilen und sich gegenseitig Last abnehmen. Andererseits erfährt man auf diese Weise nicht nur, dass man mit gemeinsamem Handeln Veränderung bewirken kann, sondern sorgt auch dafür, dass die Ursache der psychischen Belastung – der Klimawandel – begrenzt wird. Das Engagement in Gemeinschaften oder Initiativen, die sich für den Klimaschutz einsetzen, kann ein Gefühl der Handlungsfähigkeit und Kontrolle zurückgeben und so zur Linderung bzw. Bewältigung von Klimaangst beitragen.
Übertragen auf die Unternehmenswelt, sollten Arbeitgeber und Führungskräfte versuchen, die intrinsische Motivation ihrer Beschäftigten zu nutzen, (mehr) in Sachen Nachhaltigkeit (gemeinsam) aktiv zu werden. Dies könnte zum Beispiel durch einen Wettbewerb unter den Mitarbeitern generiert werden, bei dem die Beschäftigten verschiedene Möglichkeiten vorschlagen können, wie das Unternehmen selbst nachhaltiger werden kann. Die besten Ideen bzw. Vorschläge können incentiviert werden.
Generell können und sollten Unternehmen, wenn sie Nachhaltigkeit intern und extern fördern wollen, ihren Mitarbeitern klare und konkrete Möglichkeiten dazu bieten. Diesbezüglich ist es viel effektiver, zwei oder drei Beispiele mit hoher Priorität zu nennen, als 20 oder 30. Auch die kontinuierliche Optimierung der Arbeitsbedingungen und die Schaffung nachhaltiger Arbeitskulturen sind entscheidend, um das psychische Wohlbefinden der Mitarbeitenden zu sichern und eine positive Atmosphäre zu fördern.
Nachhaltigkeit ist unser ursprünglichstes Weltkulturerbe, ein Begriff, der tief in unserer Gesellschaft verwurzelt ist und den es vor seinem inflationären Gebrauch zu retten gilt. Vielleicht sollten wir uns fragen, welche Art von Nachhaltigkeit wir perspektivisch brauchen. Das von Joachim Heinrich Campe 1807 herausgegebene Wörterbuch der deutschen Sprache definiert das Wort „Nachhalt“ als das, „woran man sich hält, wenn alles andere nicht mehr hält“. In dem Begriff Nachhaltigkeit steckt aber nicht nur das Wort „Halt“ in seiner Bedeutung von „Stütze“, sondern auch in Form von „Anhalten“ bzw. „Unterbrechen“. In diesen Zeiten ist es nicht nur wichtig, den übertriebenen Ressourcenverbrauch „anzuhalten“ oder die steigenden Treibhausgasemissionen zu „unterbrechen,“ sondern auch den existierenden mentalen Belastungen durch den Klimawandel, wie beispielsweise der Klimaangst, „Einhalt“ zu gebieten, im Sinne einer gesunden, seelischen Nachhaltigkeit.

Mit Wirtschaft und Politik gemeinsam zu Lösungen

Neue Vorsitzende der Arbeits- und Sozialministerkonferenz Heike Hofmann (SPD) im Gespräch mit SENATE

Von Christoph Brüssel

Positiv und jungdynamisch, meist mit einem erfrischenden Lächeln, so beschreiben die Weggefährten und Beobachter die Arbeits- und Sozialministerin. Eine Sozialdemokratin, die wenig ideologisch, vielmehr pragmatisch und stets gut strukturiert über politische Ziele spricht.
Jung wirkend und doch bereits seit einem Vierteljahrhundert in der parlamentarischen Politik. Landtagsabgeordnete seit 2000 und nun Ministerin in der „großen" Koalition von CDU und SPD in Hessen, seit 2024. Auch auf der Bundesebene spielt Heike Hofmann durchaus eine Rolle, etwa in der SPD, wo sie neben Bärbel Bas auch die neuen Ziele der Sozialpolitik in der SPD entwickeln wird. Zudem übernimmt sie ab Januar 2026 den Vorsitz der Arbeits- und Sozialministerkonferenz im Bundesrat.
Anlass zu einem Hintergrundgespräch, das Christoph Brüssel für unser Magazin mit der Ministerin führte.

Arbeitsschutz ist für unsere Gesellschaft von grundlegender Bedeutung. Psychisch und physisch gesunde Mitarbeitende sind für die Unternehmen enorm wichtig

Es ist Ihr Ansatz, Wirtschaft, Arbeitnehmer und soziale Aufgaben in einem Miteinander zu sehen. Wie beschreiben Sie diese Perspektive?

Hier gibt es kein Entweder-oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch: Wir benötigen eine starke Wirtschaft ebenso wie ein leistungsfähiges Sozialsystem. Beide Pfeiler werden gebraucht, damit unsere Gesellschaft ein stabiles Fundament hat und sich gut in Richtung Zukunft entwickeln kann. Eine soziale Marktwirtschaft braucht die Bereitschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, partnerschaftlich zusammenzuwirken. Wir setzen dabei auf die Stärkung der Tariftreue und die Ausweitung von Tarifverträgen.

Die Landesregierung Hessen und auch die Bundesregierung haben als ein Hauptanliegen, die Bürokratisierung zu mindern. Welche konkreten und praktischen Ergebnisse sind in Ihrem Bereich zu erwarten?

Dazu gibt es keine Alternative, denn wir sind überbürokratisiert. Darunter leidet unsere ganze Gesellschaft. Wir müssen uns jeden Einzelfall genau anschauen und auf seine Notwendigkeit hin überprüfen.
Für meinen Bereich führen wir aktuell eine intensive Diskussion um die Weiterentwicklung des Sozialstaats. Ich bin der Überzeugung, dass das sozialstaatliche System insgesamt effizienter und leichter zugänglich für alle werden muss. Wir brauchen zum Beispiel eine bessere digitale Vernetzung unserer Behörden und ein Arbeiten nach dem Once-Only-Prinzip, damit nicht jede Stelle die Daten eines Bürgers immer wieder neu abfragen muss. Wir müssen außerdem dazu beitragen, dass ausländische Berufsqualifikationen schneller anerkannt werden können. Nur so können wir den Fachkräftemangel lindern.

Die Bundesregierung hat im November auch im Baubereich und bei Unternehmen Vereinfachungen, Abschaffung von „Beauftragten" und Lockerungen bei Berichtspflichten angekündigt. Es gab die Kritik, damit soziale Sicherheiten, wie Arbeitssicherheit zum Beispiel, zu gefährden. Wie bewerten Sie die Erwartungen für Arbeitnehmer und für den Arbeitsalltag?

Der Arbeitsschutz ist für unsere Gesellschaft von grundlegender Bedeutung. Psychisch und physisch gesunde Mitarbeitende sind auch für die Unternehmen enorm wichtig. Gleichwohl ist es richtig, dass wir alle nötigen Instrumente des Arbeitsschutzes auf ihre Effizienz prüfen. Wir wollen etwa unnötige Mehrfachprüfungen vermeiden. Wir arbeiten sehr kooperativ mit vielen Unternehmen und Betrieben zusammen. Ich halte es für sinnvoll, hier mit Augenmaß vorzugehen. Die Abschaffung von Beauftragten mag kurzfristig eine Entlastung bedeuten. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen bedeutet eine Abschaffung aber auch, dass wertvolles Wissen zu Schutzmaßnahmen in Unternehmen verloren geht und Sicherheitsmaßnahmen erst nach Kontrollen aufwendig und kostspielig angepasst werden. Insofern ist nicht jede Deregulierung in der Praxis eine echte Entlastung.

Auf der Bundesebene sind Sie auch, an der Seite der Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas, für strukturelle Reformen und neue Ansätze der Sozialpolitik aktiv.

In der nächsten Zeit wird insbesondere die Modernisierung des Sozialstaats ein großes Thema sein. Im kommenden Jahr haben wir als Hessisches Sozialministerium den Vorsitz der Arbeits- und Sozialministerkonferenz. Wir werden intensiv daran mitarbeiten, die Perspektiven der Länder einzubringen, wenn die vom Bund eingesetzte Kommission zur Sozialstaatsreform ihre Ergebnisse vorlegen wird.
Ich bin der Meinung, dass wir bei allen Reformen des Sozialstaats sowohl die Chancen- als auch die Leistungsgerechtigkeit im Blick haben müssen. Das bedeutet für mich: Wer hart arbeitet, dem muss es spürbar besser gehen als Menschen, die leistungslos Geld beziehen. Das gilt mit Blick auf Erbschaften ebenso wie mit Blick auf Menschen, die sich weigern, am Arbeitsleben teilzunehmen. Das heißt: Wir müssen einerseits Menschen mit großen Vermögen, Erben und absolute Spitzenverdiener stärker als bisher an der Finanzierung des Sozialstaats beteiligen. Andererseits müssen wir auch Sozialleistungsmissbrauch konsequent bekämpfen.
Ein weiteres wichtiges Anliegen ist mir die Zukunft der Eingliederungshilfe. Wir arbeiten mit Bund und Ländern intensiv an Verbesserungen. Für mich ist ganz zentral: Wir müssen hier immer vom Menschen her denken, der Unterstützung benötigt. Die individuellen Unterstützungsbedarfe der Menschen mit Behinderung müssen Kern einer zukünftigen Lösung sein.

Die SPD muss sich um die Zukunft als parlamentarische Führungspartei sorgen. Sehen Sie eine Perspektive in der Sozialpolitik mit Mittelstandskurs oder muss es zu einer stärkeren „LINKSBEWEGUNG" kommen, die ja in der SPD von einigen lauthals gefordert wird?

Ich sehe die SPD als eine Partei des sozialen Pragmatismus. Das heißt, sie tritt für soziale Gerechtigkeit und Solidarität in Gesellschaft und Arbeitswelt ein. Das sind ihr Ursprungsimpuls und ihre DNA. Ebenso klar lehnt sie Ideologie und Dogmatismus ab – von rechts wie von links. Seit dem Godesberger Programm von 1959 lautet unsere wirtschaftspolitische Maxime: „So viel Wettbewerb wie möglich – so viel Planung wie nötig". Dass unserer Partei schon bei ihrer Gründung der Mittelstand wichtig war, ist auch aus der historischen Tatsache ersichtlich, dass Personen wie August Bebel und Friedrich Ebert Handwerker waren. In Hessen haben wir beispielsweise erreicht, dass der Meister jetzt kostenfrei erworben werden kann. Das sehen wir als einen ganz großen Erfolg für den Mittelstand. Parteien sind dann erfolgreich, wenn es ihnen gelingt, verschiedene Strömungen und unterschiedliche Perspektiven zusammenzuführen, insofern sollte sich die Sozialdemokratie nicht auf ein einzelnes Etikett beschränken.

Zwischen CDU und SPD gibt es bei allen Unterschieden viele Schnittmengen, schon auf der Ebene unserer Grundwerte Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität

Glauben Sie, dass das „Modell Hessenkoalition", das ja offenkundig auf gute Harmonie und einen freundlichen Weg der bürgerlichen Mitte mit der CDU setzt, ein gutes Vorbild, auch für die SPD im Bund, ist?

In Hessen arbeiten CDU und SPD aus meiner Sicht sehr gut zusammen. Verlässlichkeit ist dabei wichtig, insbesondere im uneingeschränkten Einstehen für unser demokratisches Gemeinwesen. Zwischen unseren beiden Parteien gibt es bei allen Unterschieden viele Schnittmengen, schon auf der Ebene unserer Grundwerte Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität. Uns verbindet ein großes Verantwortungsgefühl dafür, dass unsere Demokratie auch in Zukunft funktioniert. Unabhängig von der konstruktiven, guten Zusammenarbeit mit der CDU bleibt unser Ziel im Bund und Land, eine Regierung führen zu können – unabhängig von aktuellen Umfragewerten.

An welchen Stellen wünschen Sie sich weitere praktische Impulse oder eine offene Mitwirkung aus nicht verbandlichen Strukturen des Mittelstands oder der Wirtschaft?

Alle Impulse aus unserer breiten und pluralen Zivilgesellschaft sind nützlich. Es gibt in unserem Land sehr viele Menschen, die gute Ideen haben und damit die Diskussion um die Gestaltung unserer Wirtschafts- und Arbeitswelt bereichern können. Es ist wichtig, dass wir Politikerinnen und Politikern diesen Menschen gut zuhören und deren konstruktive Anregungen aufnehmen. Ich empfinde den stetigen, konstruktiven Austausch, den wir führen, als enorm fruchtbar. Jüngst haben wir als Ministerium etwa zu Treffen mit weiblichen Führungskräften aus der Wirtschaft eingeladen, um zu hören, was ihnen auf dem Herzen liegt. Das gibt mir wertvollen Input für die politische Arbeit.

Frage nicht, was dein Land für Dich tun kann. Frage vielmehr, was Du für dein Land tun kannst.

John F. Kennedy

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

HANNOVER Finanz
Ihr Eigenkapital-Partner
www.hannoverfinanz.de

Hochland
www.hochland-group.com

InPro electric
www.inpro-electric.de

MPT
Präzisionsteile GmbH Mittweida
www.mpt-group.com/

DEMIRTAG
CONSULTING GMBH
www.demirtag.de

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Europa in Flammen – „Jetzt entscheidet sich unser Schicksal“

Warum nur Mut zu radikaler Zusammenarbeit Europas Zukunft sichern kann – und nationale Egoismen uns alle in die Krise stürzen

Von Uly Köhler

Stephan Werhan

Stephan Wehrhahn, renommierter Industriemanager und ausgewiesener Europakenner, sieht Europa aktuell an einem historischen Wendepunkt. Krisen, außenpolitische Bedrohungen sowie fehlende Reformbereitschaft können zum ultimativen Stresstest für die Union werden. Uly Köhler sprach mit ihm darüber.

Herr Wehrhahn, Ihr Großvater Konrad Adenauer galt als ganz großer Europäer. Viele sehen die europäische Einigung inzwischen als ziemlich fragiles Konstrukt. Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach nationale Interessen oder auch divergierende Wertvorstellungen, wenn es darum geht, Europas Resilienz zu stärken oder zu schwächen?

Eine ganz große Rolle, denn ein größerer Markt für 450 Millionen Einwohner Europas ermöglicht eine ganz andere Planung und Herstellung; die Kosten gehen zurück. Es gibt aber auch Gebiete, in denen die wirtschaftliche Stärke geradezu notwendig ist. Dies betrifft insbesondere die Sicherheit.
Wenn sich heute Staatschefs versammeln, reden sie genau über dieses Thema: die systematische Vereinheitlichung der militärischen Beschaffung in Europa. Man sollte nicht drei oder vier verschiedene Abwehrsysteme haben, sondern sich auf ein System einigen, das von unterschiedlichen Industrien in verschiedenen nationalen Ländern ausgeführt werden kann. Es gibt bereits Modelle wie bei Airbus oder beim ICE und TGV, die vorgemacht haben, dass es möglich ist, in Europa ein einheitliches, übergeordnetes System von Normen und Anforderungen zu etablieren. Die Europäische Union kann solche Regeln sehr gut setzen. Unter diesem europäischen Dach kommen die nationalen Industrien dann zum Zuge – möglicherweise nicht weniger, sondern mehr und besser als vorher.

Sehen Sie die aktuelle Wirtschaftslage in Europa als Chance oder als Risiko für die langfristige Stabilität?

Ich finde die Situation höchst kritisch und wir befinden uns im wahrsten Sinne des Wortes auf des Messers Schneide.
Entweder wir schaffen es, gezwungen durch die äußeren Bedrohungen, die auf ganz Europa einstürzen, daraus eine positive Entwicklung einzuleiten. Oder wir zerbröseln in 27 einzelne Staaten, die nichts mehr selbst bestimmen können, sondern über deren Köpfe hinweg entschieden wird. Wir haben jetzt wirklich einen Scheidemoment vor uns. Es ist gut, sich auf die alten Prinzipien und die Haltung der Gründungsjahre in den 50er- und 60er-Jahren zu besinnen. Vieles davon kann heute wieder nützlich sein.

Gibt es Aspekte Europas, die es Ihrer Meinung nach besonders widerstandsfähig machen, oder gibt es auch Schwachstellen, wo Sie sagen: Ah, hier, da knirscht es?

Es gibt überall Schwachstellen. Man sieht natürlich zuerst die Schwachstellen, aber man sieht auch Leuchtturmprojekte, die von unten her entstehen. Ich vertrete das Prinzip der Subsidiarität, bei dem die Bevölkerung mitentscheiden, mitdenken und Benchmarking untereinander betreiben kann. Wer hat die beste Lösung für die Probleme, wo wir schwach sind? Ob es das Rentensystem, die Geburtenrate, Gesundheitsmodelle, Bildung oder der mobile Verkehr in Großstädten ist: Es gibt in Europa ganz gute Lösungen für all diese Problemfelder. Wir täten sehr gut daran, uns untereinander auszutauschen und diese Lösungen umzusetzen. Warum können wir in einer Großstadt nicht genauso gut den Fahrradverkehr organisieren wie Amsterdam oder Kopenhagen? Wir sind reich an guten Lösungen in Europa.

Gleichzeitig gibt es drei Gebiete, die wir als Erstes angehen müssen:

1. Migration: Das Thema Migration von außen haben wir überhaupt nicht im Griff. Das wird wahlentscheidend sein in der nächsten Wahl.
2. Sicherheit: Das Thema ist hoch aktuell. Durch eine gemeinsame Rüstungsbeschaffung sparen wir Steuermittel, und aus militärischer Zusammenarbeit wird letztlich politische Zusammenarbeit. Diesen Weg halte ich für sehr gut.
3. Institutionelle Reform: Wir haben keine richtige europäische Verfassung. Wir müssen die formellen, institutionellen Reformen durchführen, sodass man nicht ständig durch ein Vetoland daran gehindert wird, Dinge umzusetzen. Die europäische Verfassung muss erarbeitet werden.

Sie haben jetzt drei Begriffe genannt. Ich möchte noch drei weitere nennen, nämlich die Begriffe Frieden, Freiheit und Wohlstand. Welches dieser drei Elemente ist heute am stärksten gefährdet?

Auf jeden Fall der Frieden – durch die russischen Versuche, uns zu provozieren und uns in diesen unheilvollen Kampf um Großmachtbestrebungen hineinzuziehen.
Bei der Freiheit sind wir immer noch ein leuchtendes Vorbild für viele andere Länder, insbesondere für autokratische Regime. Die westliche Freiheit ist ein Symbol, dem Länder wie Russland und China nacheifern wollen, und sie haben die größte Angst vor unserer Freiheit.
Beim Wohlstand ist es so, dass es viele, viele Baustellen gibt. Es sind Tausende Punkte, die wir alle in Deutschland jetzt angehen müssen – von der Infrastruktur über die Bildung bis zur Gesundheit. Gott sei Dank tut sich in der jetzigen Regierung etwas, damit wir den Wohlstand erhalten können, den wir uns mühsam in den letzten 70 Jahren erarbeitet haben.

Welche Rolle spielt die geopolitische Lage Europas jetzt in Bezug auf seine Resilienz gegenüber äußeren Bedrohungen?

Eine ganz entscheidende. Wir haben in Deutschland leider viel zu wenig geopolitisches Bewusstsein. Das wird erst jetzt geschaffen, unter anderem durch die Gründung eines strategischen Entscheidungs- und Beratungsgremiums. Geopolitik ist die Grundlage aller strategischen Überlegungen. Ich kann das sagen, weil ich in Georgetown bei Henry Kissinger studiert habe, der der Lehrmeister der Strategie in der Geopolitik ist.
Europa liegt am Ende eines riesigen Subkontinents, sozusagen als Wurmfortsatz Asiens. Wir sind von allen Seiten angreifbar. Wir müssen auch mit einer riesigen Migrationswelle aus dem Süden rechnen, weil in Afrika zusätzlich zwei Milliarden Menschen in den nächsten 50 Jahren existieren werden, die alle am Wohlstand teilhaben wollen. Geopolitisch befinden wir uns in einer offenen Situation.

Wenn Europa so resilient ist, wie Sie es beschreiben, warum reagiert es dann auf jede größere Krise der letzten Jahre – Finanzkrise, Pandemie, Ukraine – immer so hilflos statt souverän? Finden Sie nicht, dass wir in Europa in so einer Art kleiner Dauerkrise sind?

Ja, sind wir. Da müssen wir eben wieder rauskommen. Und wir kommen nicht da heraus, indem Brüssel ständig neue bürokratische Hürden errichtet. Ich habe in meinem Buch auch die Stimmen meiner vier Kinder zu Wort kommen lassen und sie gefragt, was sie von Europa erwarten. Und da kommt immer wieder genau dieser Punkt: Europa darf keine bürokratische Riesenmaschine in Brüssel sein, abgehoben vom Rest der Bevölkerung. Wir müssen wieder anfangen, subsidiär zu denken, an der Wurzel anfangen und konkrete, praktische Projekte machen.
Es ist wichtig, dass wir in Europa eine mediale Transparenz schaffen, dass es mehr Arte TV gibt – was ich supergut finde, dass das erweitert wird. Es muss eine europäische Öffentlichkeit geben. Dazu ist es wichtig, dass man sich auf eine Arbeitssprache, nämlich Englisch, einigt. Dann können wir überall Nachrichten und Erfolge von Graswurzelbewegungen publizieren, damit die Menschen wissen: Aha, in Portugal gibt es eine gute Lösung oder in Estland großartige IT.

Die Bedeutung des Zusammenhalts, das betonen Sie ausdrücklich. Aber ist das nicht eine Fiktion, wenn einzelne Mitgliedstaaten die nationalen Egoismen immer wieder voranstellen?

Ja, das ist sehr traurig. Das war jüngst wieder bei der gemeinsamen Entwicklung eines Kampfflugzeuges zu erleben.
Ich habe selbst bei Siemens für den ICE gearbeitet. Im Wettbewerb mit dem französischen TGV haben wir es hinterher geschafft, daraus einen Euro-Train zu machen und ihn außerhalb Europas gemeinsam anzubieten. Solche grenzüberschreitenden Modelle sind möglich. Genauso hat es Tom Enders beim Airbus gemacht. So kann man Projekte aufsetzen, die grenzüberschreitend funktionieren. Damit kann man auch einer starken französischen Industrie die Angst nehmen, dass sie von den Deutschen untergebuttert wird. Es ist leider so, dass viele nationale Strömungen in Europa immer noch denken, sie müssten die Führung haben. Doch man kann es gemeinsam machen, man muss es nur erlernen und üben.

Es ist leider so, dass viele nationale Strömungen in Europa immer noch denken, sie müssten die Führung haben

Wer orchestriert diese Denke in der Praxis? Wie kriegen wir die Leute dazu, zur Vernunft zu kommen? Wer soll das Fähnlein voranbringen?

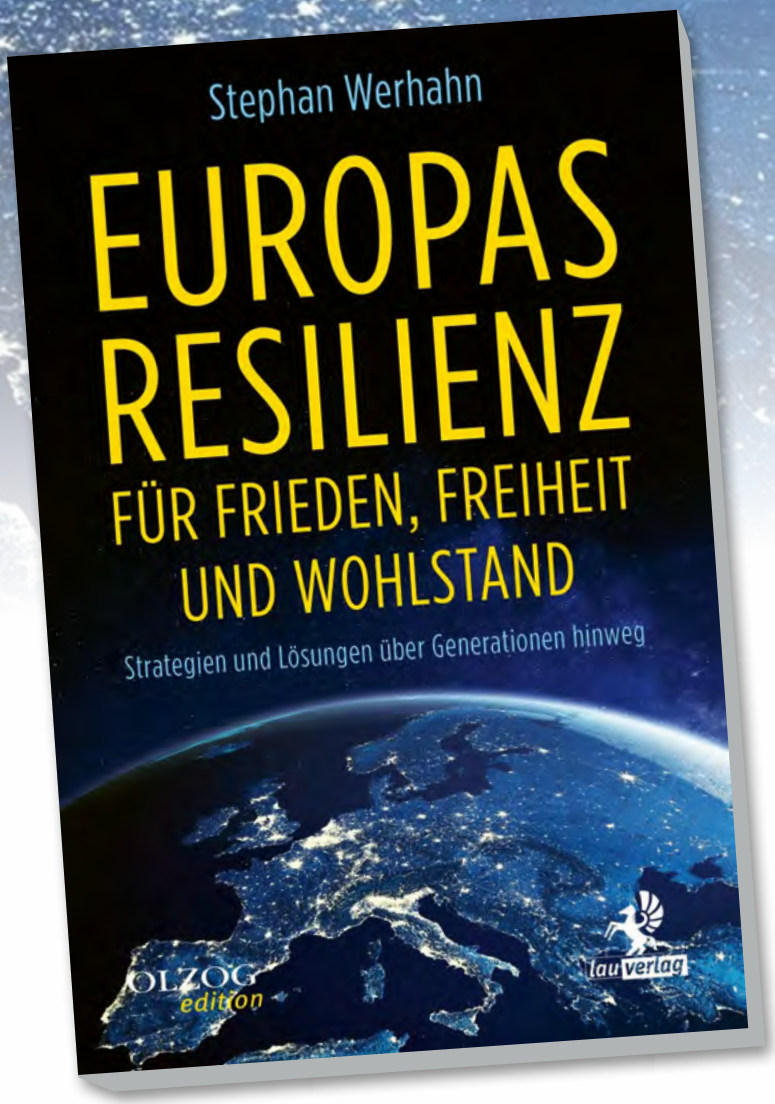
Das ist genauso wie damals in der Situation 1950, als Robert Schuman am 9. Mai 1950 erklärte, dass man in zwei Sektoren – Kohle und Stahl, die kriegsentscheidende Rohstoffe sind – eine europäische Behörde schaffen würde, die das kontrolliert und managt. Dadurch wurde der Krieg zwischen Frankreich, Deutschland und Italien unmöglich. Das war die Grundidee.
So etwas könnten wir auch heute machen. Wir können in Sektoren, in denen wir international schwach oder abhängig sind, europäisch vorangehen:

1. Künstliche Intelligenz (KI): Hier sind wir international schwach und abhängig von den Amerikanern.
2. Sicherheit: Hier ist eine gemeinsame Beschaffung dringend notwendig.

Man könnte also sektoral vorgehen. Zum Beispiel könnte man eine EVG 2.0 gründen, in die man auch die Engländer und andere wohlhabende Staaten Europas wieder mit aufnehmen könnte, weil sie ebenfalls von der Sicherheit profitieren. Dadurch umgeht man die Veto-Problematik, die in jeder Verfassung auftaucht. Wenn man den Sektor Sicherheit oder den Sektor KI nimmt, gibt es dort kein Veto, sondern nur (qualifizierte) Mehrheitsentscheidungen. Dann kommen wir wenigstens in diesen Sektoren europäisch einen Schritt weiter.

Zur Person:

Stephan Werhahn, geboren 1953 in Neuss am Rhein, ist Enkel des ehemaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer. Nach Studien der Rechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften in Bonn, Göttingen, Genf und Georgetown, Washington, D. C. absolvierte Werhahn das zweite juristische Staatsexamen und erhielt zusätzlich einen Master of Science. Er promovierte in Philosophie und hat im Laufe seiner Karriere als Geschäftsführer, CFO und Managing Director in namhaften Firmen wie Siemens, Bosch und Conti sowie als Experte für Restrukturierung gearbeitet. Als politisch engagierter Europäer war er Mitglied im Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, wechselte später zu den Freien Wählern. Er ist Vater von vier Kindern und Großvater von sieben Enkelkindern.



Buchtipp:

In seinem neuen Buch analysiert Stephan Werhahn, wie Europas Widerstandskraft angesichts geopolitischer Herausforderungen und wachsender Krisen gestärkt werden kann. Werhahn schlägt dabei einen historischen Bogen von den europapolitischen Impulsen seines Großvaters Konrad Adenauer bis zu den aktuellen Aufgaben für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Mit klaren Beispielen und persönlichen Erfahrungen zeigt er, warum die EU heute in Fragen wie Wirtschaftskraft, Migration, Sicherheit und institutionelle Reformen vor entscheidenden Weichenstellungen steht. Das Buch ist ein leidenschaftliches Plädoyer für mehr europäische Zusammenarbeit, generationenübergreifende Werteorientierung und pragmatische Lösungen – insbesondere in einer Zeit, in der alte Gewissheiten bröckeln und politische Umbrüche neue Antworten verlangen.

Werhahn, Stephan: Europas Resilienz für Frieden, Freiheit und Wohlstand.
Edition Olzog, 2025, 260 Seiten
ISBN 978-3-95768-276-5

Europa wächst nicht aus Verträgen, es wächst aus den Herzen seiner Bürger oder gar nicht.

Klaus Kinkel

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

KRONOS
www.kronostio2.com

HMM
Best in eHealth
www.hmmdeutschland.de

ROVO CHAIR INTERNATIONAL
www.rovo.de

smb
seilspielgeräte manufaktur berlin
www.smb-seilspielgeraete.de

INDUNI
www.induni.ch

Sontheim
sontheim-industrie-elektronik.de

STERNAUTO
RUSS&JANOT Sternagel
www.sternauto-gruppe.de

ALB FILS KLINIKEN
KOMPETENZ
QUALITÄT
ZUWENDUNG
www.alb-fils-kliniken.de

wittmann
die Zahnradfabrik
www.wittmann-gmbh.de

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Das transatlantische Bündnis ist unser Stabilitätsanker

Transatlantik-Koordinator der Bundesregierung

Von Michael King-Rolland

Metin Hakverdi

Foto: Photothek Media Lab

Metin Hakverdi (56) ist eine der zentralen Stimmen für die Stärkung der deutsch-amerikanischen Partnerschaft. Seit Mai 2025 setzt sich der SPD-Parlamentarier als Transatlantik-Koordinator der Bundesregierung für tiefere politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und den USA ein. Metin Hakverdis persönlicher Bezug zu den Vereinigten Staaten reicht in seine Jugend zurück. 1985/86 war er Austauschschüler an der Simi Valley High School in Kalifornien. Später studierte Hakverdi Jura an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel und der Indiana University Maurer School of Law in den USA. Diese akademische Doppelperspektive zwischen Deutschland und den USA prägte seine politische Ausrichtung und sein besonderes Engagement für transatlantische Themen. Hakverdi ist zudem Vorstandsmitglied der Atlantik-Brücke e.V. Seit 2013 vertritt der SPD-Politiker Hamburg-Bergedorf – Harburg, den früheren Wahlkreis von Helmut Schmidt und Hans-Ulrich Klose, im Deutschen Bundestag. Mit Metin Hakverdi traf sich unser US-SENATE-Korrespondent Michael King-Rolland in Berlin.

Handel und Geopolitik vermischen sich immer mehr

Seit Mai sind Sie Transatlantikkoordinator der neuen Bundesregierung. Was sehen Sie als Ihre wichtigste Mission in diesen turbulenten Zeiten für die transatlantische Partnerschaft?

Für mich sind die transatlantischen Beziehungen etwas ganz besonderes. Mich selbst hat ein High-school-Jahr in Kalifornien entscheidend geprägt, sonst wäre ich nie in der Politik oder diesem Amt gelandet. Besonders wichtig ist mir zu vermitteln, dass diese Beziehungen so viel mehr sind als nur Berlin und Washington, und diese vielfältigen engen Verbindungen zu pflegen und zu förden – unabhängig vom Lärm der Tagespolitik.

Deutscher Fußabdruck ist im Südosten der USA riesengroß

Sie haben kürzlich mehrere US-Bundesstaaten besucht, darunter Georgia, North und South Carolina sowie Washington, D.C. Welche Eindrücke nehmen Sie von dieser Reise mit – wie tickt Amerika heute?

Vor Ort ist unser Verhältnis oft viel besser, als man anhand der Berichterstattung über die große Politik denken könnte. Ich erlebe auf meinen Reisen so viele Beispiele gelebter Freundschaft und Zusammenarbeit. Der deutsche „Fußabdruck“ ist im Südosten der USA riesengroß, Unternehmen wie BMW oder Aurubis haben dort beeindruckende Standorte aufgebaut. Das hat politisch positive Effekte für uns. Und es führt auch dazu, dass sich hier viele dafür interessieren, Deutsch zu lernen oder auch einmal eine Zeit in Deutschland zu verbringen.

Die USA sind mit über 250 Milliarden Euro Handelsvolumen Deutschlands wichtigster Handelspartner, fast jeder zehnte Euro deutscher Exporte geht dorthin. Ist das ein Zeichen wirtschaftlicher Stärke oder bereits eine riskante Abhängigkeit?

Handel schafft Wohlstand, ist kein Nullsummenspiel. Deshalb ist es grundsätzlich gut, wenn unsere Unternehmen intensiv mit den USA handeln. Doch diese Erfolgsgeschichte ist unter Druck, es gibt global eine Gegenbewegung zur Globalisierung. Wir beobachten, wie sich Handel und Geopolitik immer mehr vermischen. Es ist bedauerlich, dass die US-Administration Zölle auch gegen uns verhängt hat. Wir stehen für freien und fairen Handel, und dafür setzen wir uns auch nachdrücklich ein.

China stellt uns alle vor gewaltige Herausforderungen

Stichwort freier und fairer Handel. Chinas Druck auf Europa und die USA wächst. Welche konkreten Chancen und Strategien sehen Sie, damit die transatlantische Partnerschaft in diesem Wettstreit gestärkt wird?

China stellt uns alle – uns Europäer, aber auch die USA – vor gewaltige Herausforderungen, denken Sie nur an die Diskussion über Seltene Erden oder Überkapazitäten der chinesischen Autoindustrie. Dazu kommen die Verwerfungen durch die US-Zollpolitik. Ich merke bei meinen Besuchen aber, dass auch in den USA mehr und mehr erkannt wird, dass nur enge transatlantische Zusammenarbeit die Antwort darauf sein kann. Man muss aber realistisch sein: Ein umfassendes Freihandels- und Investitionsabkommen mit den USA wird es in absehbarer Zeit nicht geben. Dennoch müssen wir partnerschaftlich zusammenarbeiten, um stabile Bedingungen für die Wirtschaft zu schaffen.

Apropos Partnerschaft. Viele Beobachter erleben die US-Politik seit der Wiederwahl von Präsident Trump als unberechenbar. Ist das Verhältnis zu Washington heute noch von gemeinsamen transatlantischen Werten getragen oder längst von strategischem Nutzen geprägt? Was kann Berlin tun, um transatlantische Verlässlichkeit zu sichern?

Diesen Eindruck kann man ja verstehen. Das darf aber nicht den Blick dafür verstellen, dass uns mit den USA nicht nur gemeinsame Werte, sondern auch jede Menge ganz handfeste gemeinsame Interessen verbinden. Was wir tun müssen, gilt fast unabhängig von der aktuellen politischen Lage: Wir müssen unsere eigene Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen und mehr für unsere Verteidigungsfähigkeit tun. Daran arbeiten wir – übrigens in unserem eigenen Interesse, und nicht weil uns irgendjemand dazu auffordert.

Wer nach vorne blickt, weiß nie, was wirklich Sinn ergibt.
Nur im Rückblick erscheint etwas logisch.

Steve Jobs

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

TER Chemicals DISTRIBUTION GROUP
www.terchemicals.com

Meiser HOTELS · RESORT · EVENTS ★★★★ Superior
www.vitalhotel-meiser.de

PKF WMS Werte Menschen Strategien
www.pkf-wms.de

WOLFFKRAN
www.wolffkran.de

AZURIT Gruppe
www.azurit-gruppe.de

KBW TECHNOLOGIE AG
www.kbwag.de

alpin spa Panorama HOTEL OBERJOCH
www.panoramahotel-oberjoch.de

Sparkasse Vogtland
www.sparkasse-vogtland.de

stryker
www.stryker.de

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Wir sollten das gewaltige Potenzial der transatlantischen Beziehungen noch besser ausschöpfen – wir haben gemeinsam viel zu gewinnen

Wir werden zum Exporteur von Sicherheit

Kanzler Friedrich Merz plant, die Bundeswehr zur konventionell stärksten Armee Europas auszubauen. Wie wird dieses sicherheitspolitische Engagement Deutschlands und Europas in Amerika bewertet: als verlässlicher Aufbruch oder als halbherziger Kurswechsel?

In Washington waren viele skeptisch, ob wir die Zeitenwende ernst meinen. Das hat sich komplett geändert: Seit der Grundgesetzänderung, mit der wir höhere Investitionen in unsere Sicherheit ermöglichen, hat sich der Diskurs komplett gedreht. Es wird gesehen, dass wir sicherheitspolitisch in eine neue Rolle hineinwachsen. Wir werden zum „Exporteur" von Sicherheit – ganz konkret etwa mit unserer Brigade in Litauen. Und damit werden wir auch als Verbündete wertvoller.

Ukrainekrieg und Trumps Gaza-Deal – die Weltordnung wackelt. Wie belastbar und stabil ist das Bündnis zwischen Europa und den USA?

Keine Frage – wir leben in geopolitisch extrem herausfordernden Zeiten. Unsere Sicherheitsordnung in Europa wird durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine grundlegend in Frage gestellt. Das transatlantische Bündnis ist unser Stabilitätsanker. Da sehe ich überhaupt keine Alternative. Das ist keine Nostalgie, sondern schlicht eine Analyse unserer gemeinsamen Interessen: Transatlantisch gemeinsam können wir am besten unsere Sicherheit gewährleisten und unseren Wohlstand bewahren.

Vertrauen entsteht durch persönliche Kontakte

Demokratien stehen unter Druck, Populismus und Polarisierung wachsen auf beiden Seiten des Atlantiks. Welche Brücken müssen wir bauen, um gegenseitiges Vertrauen zu stärken – auch jenseits der Regierungsebenen?

Vertrauen entsteht durch persönliche Kontakte. Zentraler Teil meiner Tätigkeit ist es, Menschen zusammenzubringen, Entwicklungen auf beiden Seiten des Atlantiks zu erklären und Austausch auf allen Ebenen zu fördern. Das stärkt das Band unserer Beziehungen. Dabei arbeite ich bewusst intensiv auch auf regionaler und lokaler Ebene, dort lässt sich viel bewegen, dort gibt es noch viel zu gewinnen in der Zusammenarbeit.

Last but not least: Wenn Sie einen Wunsch an Washington hätten, welcher wäre es?

Ich wünsche mir, dass wir das gewaltige Potenzial der transatlantischen Beziehungen noch besser ausschöpfen – wir haben gemeinsam viel zu gewinnen. Das ist aber nicht nur ein Wunsch, sondern daran arbeite ich jeden Tag.

Bäder mit Zukunft - seit über 40 Jahren

monte mare ist der Marktführer für die Planung, Finanzierung, Errichtung und Betrieb von großen Bäder-, Sauna- und Wellnessanlagen. Dabei schafft das Unternehmen mit Sitz in Rengsdorf/Westerwald Lösungen, in denen sich Theorie, Praxis und mehr als 40 Jahre Erfahrung vereinen.

3,8 Millionen Gäste haben sich im vorigen Jahr für die »Pause vom Alltag« in den 9 monte mare Anlagen entschieden. Über 1.200 Mitarbeiter-/innen sorgen dafür, dass dieses Leistungsversprechen an mehr als 360 Tagen im Jahr in die Tat umgesetzt wird.

monte mare
Planen – Bauen – Betreiben
Monte-Mare-Weg 1
56579 Rengsdorf
www.monte-mare.de

Foto: ©MWIKE NRW Nils Leon Brauer

Akzeptanz und Transformation

Stellvertretende Regierungschefin & Wirtschaftsministerin NRW Mona Neubaur

Von Christoph Brüssel

Die Stimmung, ebenso wie die faktische Entwicklung in der Wirtschaft ist angespannt. Viel wird über zu hohe Energiepreise, über drückende und hinderliche Bürokratie und eine drohende „Deindustrialisierung" gesprochen. Ansätze zur technologischen Transformation und Nachhaltigkeitsbemühungen werden zunehmend auch kritisch kommentiert. Sehen Sie Perspektiven eines Zusammenwirkens von Politik und Wirtschaft zur Umkehr der Stimmung und der wirtschaftlichen Entwicklung?

Nordrhein-Westfalen soll die erste klimaneutrale Industrieregion Europas werden – und das gelingt nur gemeinsam mit der Wirtschaft, nicht gegen sie. Es braucht einen echten Schulterschluss. Zu diesem Anspruch stehe ich und an diesem Ziel orientiert sich meine Politik. Zu diesem Ziel steht auch die Wirtschaft – das haben wir im industriepolitischen Leitbild für NRW noch einmal deutlich festgehalten.

Gleichzeitig erleben wir gerade in der Industrie aktuell auch Gegenwind. Die Herausforderungen sind bekannt: hohe Energiepreise, zunehmender Protektionismus, Konkurrenz aus dem Ausland und zu viel Bürokratie. Klar ist: Wir brauchen die Industrie und wollen Industrieland bleiben. Gerade in dieser Phase sind daher auch Pragmatismus und Zusammenhalt gefragt. Wir dürfen uns nicht auseinandertreiben lassen. Wirtschaftlicher Druck darf nicht dazu führen, dass notwendige Investitionen in Modernisierung und Klimaschutz ausgebremst werden. Langfristig führt kein Weg an der Transformation vorbei – das wissen die allermeisten Menschen in der Wirtschaft.

Es geht um kluge Balance: genug Freiheit für Innovation und Dynamik, aber gleichzeitig klare Leitplanken, die unsere gemeinsamen Werte und Ressourcen sichern

Offenbar haben einige Regelungen mit Blick auf Klimagerechtigkeit und Emissionsreduktion die erforderliche Akzeptanz nicht erreichen können. Beklagt werden zu intensive Berichtspflichten oder schlecht praktizierbare Umsetzungsvorschriften. Zunehmend wird auch beklagt, die Kostenfolgen seien nicht mehr leistbar, weshalb über Verlagerung von Produktionen nachgedacht oder dies bereits konkret vollzogen wird.
Andererseits werden die Ziele zu mehr Klimagerechtigkeit und nachhaltigem Unternehmertum durchaus anerkannt, von Konsumenten gar mehrheitlich bevorzugt (wenn auch nicht mehr bezahlt wird, also Wunsch ja, Realisation weniger). Würden Sie einen Wandel von der Berichtspflicht zu mehr „Vertrauen in Einhaltung von Zielen und Regeln", bei klaren Sanktionen, als einen Weg erkennen, mehr Akzeptanz zu erreichen?

Unser Ansatz ist klar: Wir setzen auf Dialog statt Konfrontation. Es ist doch gut, dass Wirtschaft und Politik in einem intensiven Dialog sind, wie wir die Transformation in Europa, Deutschland und NRW in den unterschiedlichen Bereichen unserer Gesellschaft gestalten können und wollen. Dabei brauchen wir Spielräume, die manchmal auch neue Wege zulassen müssen und bei denen die bisherigen Antworten nicht immer passen. Wir überprüfen unseren Kurs und passen ihn an, wenn es erforderlich ist – nur so können wir die gesellschaftliche Akzeptanz für den Wandel erhalten und stärken. Wir brauchen Vertrauen in die Innovationskraft der Menschen. Deshalb stelle ich klare Regeln auf dem Weg zur Transformation nicht in Frage und in vielen Bereichen funktionieren sie ohne Monitoring und Reporting sicherlich nicht. Denken wir nur an den europäischen Emissionshandel, der ohne ein entsprechendes etabliertes System nicht funktionieren könnte. Klar ist für mich aber: Berichtspflichten dürfen kein Selbstzweck sein und es darf keine Doppelstrukturen geben.

Es gibt den Denkansatz auch im politischen Umfeld, mehr Vertrauen in Gesellschaft und Wirtschaft hinsichtlich der Umsetzung von Regularien zu praktizieren. Vertrauen auf die Mitwirkung, damit stärkere Akzeptanz. Weniger Berichtspflichten und aufgebaute Hürden, mehr Eigeninitiative, aber starke Sanktionen bei Regelverstößen. Wie sehen Sie diese Perspektive?

Ich bin überzeugt, dass mehr Vertrauen und weniger Kontrolle in Gesellschaft und Wirtschaft ein entscheidender Hebel für Gestaltungskraft sind. Wenn wir die Energie, die heute oft in Berichtspflichten und langwierige Genehmigungsverfahren fließt, direkt in Zukunftsprojekte investieren können –, etwa in die klimaneutrale Transformation von Produktionsstätten – erreichen wir schneller konkrete Ergebnisse. Gleichzeitig darf Vertrauen nicht bedeuten, dass zentrale Schutzinteressen aufgeweicht werden. Es geht um kluge Balance: genug Freiheit für Innovation und Dynamik, aber gleichzeitig klare

Leitplanken, die unsere gemeinsamen Werte und Ressourcen sichern –, an die sich dann auch alle halten müssen. Wir setzen uns deshalb zum Beispiel dafür ein, Genehmigungspflichten durch Anzeigepflichten zu ersetzen. Auch die Digitalisierung ist ein zentraler Teil der Lösung. Statt Daten an viele verschiedene Behörden zu senden, sollten Unternehmen dies besser auf einer bundesweiten Plattform machen können. Künstliche Intelligenz kann die Prozesse stark vereinfachen und beschleunigen. Das ist sicher kein leichtes Vorhaben, aber an einer Lösung müssen Bund und Länder gemeinsam zügig arbeiten.

Gerade in NRW ist eine Transformation industrieller Produktion besonders intensiv. Wie ist die Zielsetzung der Landesregierung? Werden innovative Wirtschaftsperspektiven gestärkt? Werden transformierte Innovationen der Energiewirtschaft eine Zukunft für NRW darstellen?

Nordrhein-Westfalen ist aus historischen Gründen stark von energieintensiver Industrie geprägt. Fossile Energie stand hier lange billig zur Verfügung, die steigenden klimabedingten Folgekosten zahlen wir jetzt. Die energieintensive Industrie bildet nach wie vor den Kern für viele nachfolgende Wertschöpfungsstufen. Unser Anspruch, die erste klimaneutrale Industrieregion Europas zu werden, gilt daher natürlich gerade auch für die energieintensive Industrie. Niemandem ist damit gedient, wenn hochproduktive und gute bezahlte Arbeitsplätze ins Ausland abwandern – weder dem Standort noch der Umwelt. Unsere Antwort heißt: Innovation und echte Technologieoffenheit. Etwa bei der Energiewende, wo wir neben dem Ausbau von erneuerbaren Energien, Netzen, Kraftwerken und Speichern auch Innovationen, neue Produkte und Anwendungen klug miteinander verbinden wollen.

Als Landesregierung unterstützen wir all diese Entwicklungen mit Maßnahmen zur Innovationsförderung in verschiedenen Förderprogrammen und Investitionsanreizen. In Nordrhein-Westfalen haben wir großes energiewirtschaftliches Know-how und eine starke Forschungslandschaft. Die Industrie und die Energiewirtschaft werden daher auch zukünftig ein wichtiger Teil der nordrhein-westfälischen Innovationskraft für die Transformation sein.

Wir bringen auch in Berlin Erfahrungen aus der Praxis ein – was in NRW funktioniert, kann Modell für den Bund sein

Beobachter erkennen eine gut funktionierende schwarz-grüne Landesregierung in NRW. Zugleich sind Sie durchaus eine deutliche Kritikerin der aktuellen Bundesregierung, die durch den NRW-CDU-Bundeskanzler geführt wird. Was unterscheidet aus Ihrer Sicht die politischen Ansätze und kommen Sie zwischen Düsseldorf und Berlin auf längere Sicht weiter klar in der Zusammenarbeit?

Der Umbau der Industrie gelingt nur mit Planungssicherheit und Vertrauen – dafür braucht es verlässliche Landespolitik. Symbolpolitik hilft niemandem in einem Land mit 18 Millionen Menschen. Wir bringen auch in Berlin Erfahrungen aus der Praxis ein – was in NRW funktioniert, kann Modell für den Bund sein. Ich wünsche mir, dass der Bund stärker anerkennt, dass Transformation in den Regionen entschieden wird. Als Landesregierung müssen wir Kompromisse schließen. Das gehört zu verantwortlichem Handeln dazu. Politik darf nicht nur in Lagern gedacht werden, wir brauchen die Mitte der Gesellschaft für den Wandel. Dazu möchte ich persönlich mit meiner Partei einen glaubhaften Beitrag leisten, der Unsicherheit entgegentrifft und Polarisierung vermeidet.

Den Glauben an den Wert, den müssen wir uns erhalten, wenn wir nicht an Wert verlieren wollen.

Emanuel von Bodmann

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

Wäscheservice mit Herz „Heinzelmännchen“
www.heinzelmaennchen-gmbh.de

KAGEMA®
Industrieausrüstungen GmbH
www.ksb.com/kagema

ziehmimaging
www.ziehm.com

Dr. Hall
Ihr Gesundheits-Spezialist aus dem Schwarzwald
www.drhall.de
www.drhall.de

DRF Luftrettung
www.drf-luftrettung.de

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Prävention statt Reparatur

Unternehmen und Politik können gemeinsam Gesundheit neu denken

Prof. Dr.
Hendrik Streeck

Foto: @hendrikstreek.de

Von Christoph Brüssel

Prävention wird als ein konkretes Mittel empfohlen und gerade als „Longevity" zum Hype – doch, was bedeutet sie konkret? Warum ein evidenzbasierter Ansatz weit über Fitnessangebote hinausgehen muss und wieso frühe Interventionen das Gesundheitssystem nachhaltig entlasten können. Der bekannte Virologe, jetzige Bundestagsabgeordnete und Suchtbeauftragte der Bundesregierung, Prof. Dr. Hendrik Streeck, im Gespräch mit SENATE-Chefredakteur Christoph Brüssel.

Oft wird unternehmerisch geförderte Prävention eher punktuell verstanden – etwa als Fitnesskurs oder Sportangebot. Wie kann medizinisch- und evidenzbasierte Prävention beschrieben werden?

Prävention ist kein einheitlicher Block, sondern umfasst primäre, sekundäre und tertiäre Maßnahmen, die sich in Wirkung und Einsparpotenzial im Gesundheitssystem deutlich unterscheiden. Einige präventive Maßnahmen sind für Arbeitgeber ohnehin verpflichtend, etwa Arbeitsschutz, Hinweise auf Gesundheitsgefahren im Betrieb oder eine ergonomische Büroausstattung, um langfristige Schäden wie zum Beispiel Skoliosen zu verhindern.

Das heißt, wir sprechen nicht nur über „Nice to have"-Angebote, sondern über strukturelle Pflichten?

Genau. Dazu gehört zum Beispiel alles, was Arbeitsunfälle verhindert, auf Noxen im Betrieb hinweist oder ein gesundes Arbeitsumfeld sicherstellt. Gleichzeitig wissen wir, dass abgestufte Prävention und vor allem frühe Intervention – also frühzeitiges Eingreifen, wenn sich eine Erkrankung abzeichnet – besonders effektiv sind, um das Gesundheitssystem zu entlasten und Kosten zu sparen.

pexels @shvets-production

Prävention ist nicht der nette Zusatz am Ende des Systems, sondern der Anfang. Wenn wir erst helfen, wenn jemand bereits krank, oder im Suchtbereich, wenn er abhängig ist, wird es viel schwieriger. Jede nicht geraucht Zigarette, jeder verhinderte Rückfall, jeder Jugendliche, der erreicht wird, bevor er regelmäßig oder gar riskant konsumiert – all das spart Leid und entlastet das Gesundheitssystem. Für mich ist Prävention gelebte Fürsorge – medizinisch, sozial und gesellschaftlich. Verhältnisprävention bedeutet, nicht nur beim Individuum anzusetzen – sondern die Rahmenbedingungen mitzudenken, die Verhalten beeinflussen. In vielen Ländern wird dazu über Anreiz- oder Lenkungsmechanismen diskutiert, zum Beispiel im Bereich Tabak oder Alkohol. Das ist keine Frage der Moral, sondern der Evidenz: Welche Maßnahmen wirken wirklich – und wie kann man sie sozialverträglich gestalten? Für mich steht dabei nicht eine bestimmte Steuer im Mittelpunkt, sondern die Idee, Prävention systematisch mitzudenken. Wichtig ist, dass diese Fragen breit diskutiert und wissenschaftlich bewertet werden – ohne Vorfestlegung, aber mit Blick auf faire Zugänge und ein stabiles und auch finanzierbares Gesundheitssystem.

Wenn man die Tabaksteuer erhöht, freut sich der Staat über Mehreinnahmen. Könnte man diese Mittel nicht gezielt für weitere Gesundheitsprävention nutzen?

An diesem Punkt wäre mehr Verursacherprinzip aus gesundheitspolitischer Sicht in der Tat sinnvoll: Wer durch sein Verhalten hohe Kosten verursacht, könnte stärker zur Prävention, zur Unterstützung beim Rauchausstieg, zur Gegenfinanzierung der Behandlungskosten beitragen.
Wir haben jährlich schätzungsweise rund 30 Milliarden Euro direkte Kosten im Gesundheitswesen durch Rauchen und zusätzlich geschätzt gut 60 Milliarden Euro indirekte Kosten durch krankheitsbedingte Arbeitsausfälle, Frühverrentungen etc., also wirtschaftliche Einbußen aller Art. Hinzu kommen über 131.000 Todesfälle pro Jahr, die direkt dem Rauchen zugeschrieben werden, ein Großteil davon Krebs- oder Herz-Kreislauf-bedingt. Würden höhere Tabakabgaben zweckgerichtet ins Gesundheitswesen fließen, ließe sich hier sehr viel bewegen, auch wenn die juristische Ausgestaltung solcher zweckgebundenen Abgaben komplex ist.

Steuerpolitik und Anreize im Gesundheitssystem

Sie sprechen die Komplexität der Abgaben an. Welche Alternativen sehen Sie?

Eine der besten Steuerungsmöglichkeiten, dass vor allem Jugendliche weniger rauchen, funktioniert über den Preis. Daher sind Abgabe, Steuern und Entwöhnungsprogramme unser stärkster Hebel. Prävention ist immer günstiger als Reparaturmedizin. Wenn wir früh handeln, schützen wir Gesundheit, Familien und das Gesundheitssystem. Der Koalitionsvertrag sieht vor, Prävention und Suchthilfe zu stärken – und das ist auch richtig so.

Unternehmensebene: Prävention als Regelfall

Wäre es sinnvoll, wenn Arbeitgeber ihren Mitarbeitenden systematisch medizinisch begründete Präventionsangebote finanzieren – also mehr als nur „macht ein bisschen Sport"?

Das Potenzial ist groß, aber es ist schwierig, darüber so abstrakt zu sprechen, weil die Wirksamkeit stark von Art und Qualität der Präventionsmaßnahmen abhängt. Wichtig ist, dass solche Programme evidenzbasiert sind und nicht nur als Imagekampagne oder Wellness-Bonus dienen.

Wie weit kann man Anreize treiben, ohne Druck aufzubauen? Etwa: Wer gesund lebt, zahlt weniger oder bekommt etwas zurück?

Die Idee, gesundes Verhalten zu incentivieren – also gesunden Lebensstil zu belohnen, statt nur ungesundes Verhalten zu bestrafen –, wird auch im Parlament diskutiert. Denkbar wäre, dass Menschen, die das Gesundheitssystem nicht übermäßig in Anspruch nehmen oder bestimmte Risiken reduzieren, von ihrer Kasse einen Vorteil oder eine Rückzahlung erhalten.

Und ließe sich so etwas auch auf Unternehmensebene etablieren?

Das fände ich reizvoll, aber es bräuchte sicherlich klare Kriterien, eine transparente Umsetzung im Betrieb und einen rechtlichen Rahmen, der Diskriminierung vermeidet. Das ist eine spannende Idee, die man weiterdenken kann, aber politisch und praktisch wäre noch einiges zu klären.

Unternehmen, Sucht und Drogen

Kernthema Sucht und Drogen in Unternehmen. Was können Arbeitgeber konkret tun, um Mitarbeitende zu schützen, frühzeitig zu warnen oder Konsum zu verhindern?

Die gängigsten Drogen in Deutschland sind nach wie vor Tabak und Alkohol – und vielen ist das Ausmaß der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schäden nicht wirklich bewusst. Wichtig ist, dass Unternehmen eine klare Haltung haben. Rauchen am Arbeitsplatz etwa ist aus Präventionssicht einfach nicht sinnvoll. Außerdem gibt es jede Menge gut evaluierter Präventionsprogramme zum Rauchen, mit Blick auf Alkohol oder auch Medienabhängigkeit, die in Betrieben implementiert werden können. Das bewerben viele Unternehmen bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und unterstützen ihre Leute beim Mitmachen. Auf den Arbeitgeber kommt es auch an, wenn Probleme sichtbar werden. Kümmern sich Vorgesetzte, wenn Mitarbeitende ein Alkoholproblem entwickeln? Suchen sie das Gespräch? Unterstützen sie beim Weg in die Hilfe?

Können Unternehmen diese Programme aktiv einbinden?

Auf jeden Fall. Ein Beispiel ist die jährliche Aktion „Rauchfrei im Mai“, deren Schirmherr ich bin. 2025 haben über 20.000 Menschen mitgemacht, um mit dem Rauchen aufzuhören. Solche Programme lassen sich sehr gut in Betriebe hineintragen, weil Material und Struktur bereits vorliegen und der Zugang für Beschäftigte niedrigschwellig ist.

Noch ein Beispiel: Wir sehen in Deutschland derzeit einen Trend zu alkoholfreien oder alkoholreduzierten Produkten, etwa alkoholfreiem Bier. Unternehmen können das unterstützen, indem sie bei Anlässen wie Weihnachtsfeiern standardmäßig alkoholfreie Alternativen anbieten und damit den sozialen Druck reduzieren, unbedingt Alkohol trinken zu müssen.

Also auch soziale Normen im Betrieb verändern?

Genau. Schon kleine Änderungen – kein impliziter Trinkzwang, keine „Rauchergruppe“ als soziale Eintrittskarte – können viel bewirken. Unternehmen können eine Kultur fördern, in der gesundheitsschädliches Verhalten nicht befördert wird und Unterstützung bei Entwöhnung selbstverständlich ist.
Wesentlich ist, Prävention nicht als Zusatzmodul, sondern als integralen Bestandteil von Gesundheits- und Arbeitsweltpolitik zu verstehen – von staatlicher Steuerpolitik bis zur Unternehmenskultur. Je früher und konsequenter wir vorbeugen, desto mehr gewinnen Menschen an Lebensqualität und das Gesundheitswesen an Stabilität.

Von der Personal Brand zum Thought Leader?

Aufmerksamkeit, Algorithmen und Ads: Wie CEO-Kommunikation neu gedacht werden muss

Von Moritz Neuhaus

Ich erinnere mich noch gut an das Jahr 2019. Damals war „Thought Leadership" für viele ein unbekanntes Wort aus der angloamerikanischen Welt. Personal Branding steckte hierzulande noch in den Kinderschuhen. Aber alle kannten schon Elon, Donald, Bill, Jeff und auch Mark aus den USA. Manche hierzulande beobachteten das Ganze mit Interesse, andere mit Abneigung. Früher wie heute gilt: Wer sich um jeden Preis und plump sichtbar macht, gilt schnell als Selbstdarsteller.

Dennoch sind wir 2025 einen Schritt weiter. Heute, nur ein paar Jahre später, ist der soziale Druck so groß geworden, dass für die meisten CEOs kein Weg um das Thema herum führt. Versteht sich der CEO langsam als Chief Entertainment Officer? Mal mehr, mal weniger. Fest steht: Ganze Marketingabteilungen sprechen über CEO-Positionierung, LinkedIn und Thought Leadership ist in den Kommunikationsstrategien vieler Unternehmen verankert.

2019 war das Thema neu und mutig. 2025 ist es Pflicht. Dadurch sind auch die Herausforderungen andere geworden. Führungskräfte sehen LinkedIn als Nebenschauplatz in ihrem Tagesgeschäft. Doch häufig wird die Aufgabe „Nahbarkeit" delegiert. Dabei geht es im Kern um etwas Einfaches und gleichzeitig sehr Anspruchsvolles: ein Sprachrohr, Leuchtturm oder Wertemagnet in fleischgewordener Form. Jemand, der oder die das Unternehmen nach Außen authentisch vertritt.

Thought Leadership zeigt bereits Wirkung. 73 Prozent der Entscheider vertrauen Thought Leadership nachweislich mehr als klassischem Marketing. Es ist also nicht nur ein Kommunikationstrend, sondern eine echte Vertrauenswährung für Unternehmen. Gut gemacht ermöglicht es Differenzierung, mehr Anfragen und höhere Preise. Gleichzeitig zeigt die Studie, dass es an Ressourcen und Kompetenz mangelt. 50 Prozent geben an, dass sie bei der Produktion von erstklassigem Content unterbesetzt sind. 25 Prozent klagen über unzureichende interne Kompetenzen.

LinkedIn: Die Nutzerzahl wächst, aber werden wir zunehmend Content-müde?

Wir begleiten seit Jahren CEOs und Unternehmer auf LinkedIn. Die Plattform ist so aktiv wie nie, und gleichzeitig sind Inhalte so austauschbar wie selten zuvor. Die Nutzerbasis von LinkedIn – als wichtigste Business-Plattform der Welt – wächst pro Jahr in DACH um knapp 20 Prozent. Deutschland zählt mittlerweile 21 Millionen und DACH 29 Millionen angemeldete Nutzer. Trotz Rekordzahlen herrscht eine spürbare Content-Müdigkeit. Ist hier zu viel KI im Spiel? Zitate, Listen, Lead-Magneten, Event- und Urlaubsfotos. Jeder macht mehr oder weniger das Gleiche. Sieht so Meinungsführerschaft aus?

Eine andere Definition von KI

Doch Thought Leadership entsteht nicht durch mehr Aktivität, sondern durch bessere Aktivität. Nur Events zu posten, ist meiner Ansicht nach keine gute Strategie. Es braucht eine andere Art von KI. Ich mag die Definition von Frank Dopheide dazu. Er plädiert für mehr „Kreative Intelligenz".
Viele Führungskräfte wollen sichtbar sein, aber die wenigsten wollen dafür ihre Zeit investieren. Dazu kommen Sorgen: „Was, wenn ich damit dann noch anecke?" Das Krisenpotenzial wirkt oft höher als die Belohnung. Doch Thought Leadership braucht genau das: klare Kante. Nicht laut, nicht provokant um der Provokation willen, aber ehrlich, klar, nachvollziehbar. Oder, wie ich es in der Arbeit mit unseren Klienten formuliere: Persönliche Präsenz ist Chefsache. Thought Leadership funktioniert nicht durch eine Social-Media-Abteilung oder KI, sondern dadurch, dass die Geschäftsführung die richtigen Fragen gestellt bekommt. Wer offen in der richtigen Qualität über wirklich neue Trends, eigene Motivation, gemeinsame Erfolge und Fehler oder auch interessante Zahlen spricht, erhält im Gegenzug Vertrauen zurück.

USA vs. DACH: Sind die Amerikaner vor der Welle?

Wenn ich amerikanische Thought Leader beobachte, nehme ich mehr Konsistenz, Offenheit und Geschwindigkeit wahr. Dort ist Thought Leadership kein „LinkedIn-Thema", sondern Teil der Unternehmensstrategie. Der CEO ist sich seiner Verantwortung als Visionär, Leuchtturm und teilweise auch Storyteller bewusster. Elon Musk, Donald Trump oder Bill Gates, sie stehen für völlig unterschiedliche Werte, aber alle verstehen: Sichtbarkeit schafft Einfluss.
Amerikanische Führungskräfte setzen eher auf „Build in public". Sie sehen Kommunikation als Managementinstrument. Sie sprechen früher und mehr über das, was ihre Unternehmen beschäftigt. Sie sind vor der Welle. Damit nehmen sie Menschen mit auf die Reise, auch durch Zweifel, Wendepunkte und Misserfolge. Deutsche CEOs dagegen kommunizieren häufig erst, wenn alles fertig, sauber und geprüft ist. Ein kurzes Aufbäumen und weiter.

Wer 2026 Meinungsführerschaft ernsthaft betreiben will, muss das Marketing-Spielfeld erweitern

Thought Leadership steht an einem Wendepunkt. Die viel beschworene Authentizität bedeutet nicht Privatheit. Vielmehr geht es um die bewusste, beständige Ausgestaltung der eigenen Rolle. CEOs, die ihre Führungsidentität glaubwürdig gestalten, schaffen Vertrauen und erhöhen ihre Wirksamkeit. Die Zeiten, in denen ein starker organischer LinkedIn-Auftritt allein ausreichte, sind bald vorbei. Rein organischer Auftritt kommt an seine Grenzen. Der Algorithmus bevorzugt bezahlte Formate, wie Thought Leader Ads. Denn die Konkurrenz um Aufmerksamkeit wächst und die Geduld der Zielgruppen ist begrenzt. Mit bezahlter Reichweite können C-Level gezielt ihre Bubble verlassen. Aber Vorsicht: Wenn die falschen Beiträge zu aggressiv (plumpe Botschaften, hohe Frequenz) gepusht werden, ist die Glaubwürdigkeit in Gefahr.

Ein einzelnes Instrument zu beherrschen, ist eine schöne Sache. So richtig spannend wird es, wenn sich mehrere Instrumente zusammentun. Formt sich sogar ein Orchester daraus, können magische Momente entstehen.

Orchester im Thought Leadership heißt, Kommunikation nicht mehr als parallele Abfolge einzelner Maßnahmen zu begreifen, sondern als abgestimmtes System. Allzu oft wird plump das gleiche, was anderswo im Einsatz war, auf einen anderen Kanal übertragen. Diese Zeiten sind vorbei. Es gilt, Instrument für Instrument nacheinander zu perfektionieren und dann in Einklang zu bringen. LinkedIn, Public Relations, Paid Ads, Podcast-Interviews, Bühnenauftritte, YouTube oder Longform-Video: Sie können nicht von einem Multi-Channel-Tool glattgezogen werden. Diese Spielfelder sind Instrumente der Meinungsführerschaft. In unserem neuartigen INSIGHT Thought-Leader-Framework® haben wir sie erstmalig auf harmonische Art zusammengeführt. Gelingt das Zusammenspiel, wirkt alles wie aus einem Guss.

Die effektivsten Thought Leader sind die, die ihre Botschaft über mehrere Formate hinweg erlebbar machen. Ein Narrativ kann und muss in der Tiefe eines Podcasts ganz anders akzentuiert werden als in der visuellen Gewalt einer Keynote oder der Präzision einer Kampagne als Thought-Leader-Ad. Es ist die Verbindung aus Klarheit, Wiederholung und Kontext, die Wirkung erzeugt. Wenn die Narrative gut sind, bleiben mehr Menschen an den Inhalten hängen. Plötzlich rutscht der CEO in das „Relevant Set". Es fragen mehr Journalisten an und das Unternehmen erreicht damit neue Zielgruppen. Das ist der wahre Unterschied zwischen „jemandem, der postet" und „jemandem, dem du gerne zuhörst".

Thought Leadership ist eine Chance für Deutschland

Von Staatsoberhäuptern, Politikern bis hin zu Unternehmern und Top-Führungskräften klagen alle über abnehmendes Vertrauen. Thought Leadership gibt ihnen die Verantwortung zurück. Es zwingt sie und ihre Unternehmen, eine mitreißende Vision und Narrative zu formulieren. Modernes Marketing gibt ihnen die Chance, diese Gedanken mit einem Klick in die Welt zu tragen. Wir leben in einer Zeit, in der theoretisch jeder CEO zur Stimme seiner Branche werden kann. Deutschland zählt immer noch zu den führenden Wirtschaftsnationen der Welt. Wir sind aktuell nicht mehr richtig in das Gelingen verliebt. Einzelne Personen – speziell CEOs – machen einen Unterschied. Ich würde mich freuen, wenn wir weniger in die USA schauen. Wir haben das Potenzial, vorne mitzureden. Mein Wunsch ist es, hierzulande wieder mehr Menschen zu erleben, die sich trauen, andere mit ihren Vorhaben zu begeistern.

Zur Person:

Moritz Neuhaus – INSIGHT
Mit 21 Jahren gründete Moritz Neuhaus während des BWL-Studiums seine erste Unternehmensberatung. Nach einem Auslandssemester in Shanghai war er für Continental und Porsche Consulting tätig. Seit 2019 dreht sich alles um das Thema Thought Leadership für CEOs. Anfangs nur auf LinkedIn spezialisiert, hat er mit seiner Boutique-Beratung INSIGHT aus Berlin-Mitte heraus rund 500 Unternehmer und C-Level dazu beraten, wie sie sich authentisch in den Dienst der Unternehmensmarke stellen. Seine Klienten sind die Spitzen von Beratungshäusern, Softwareanbietern, Asset-Managern, und vor allem der inhabergeführte Mittelstand sucht seinen Rat. Darüber hinaus ist Neuhaus Host des Video-Podcasts „Elevating Leadership Personalites".
https://www.insight.berlin/

Unser Ziel ist eine ökologische und soziale Marktwirtschaft. Wir müssen dabei die Nutzung der Umwelt aus einem Rahmenkonzept heraus begrenzen.
Das hat mit Planwirtschaft überhaupt nichts zu tun.

Klaus Töpfer
Ehrensenator des Senats der Wirtschaft

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

Sparkasse KölnBonn
www.sparkasse-koelnbonn.de

FRIGOSPED INTERNATIONALE SPEDITION GMBH
www.frigosped.de

IABG
www.iabg.de

hechinger
www.hechinger.de

DR. NEUBERGER GROUP
Beauty unlimited. Always.
KTN b.odi. INTERCO
www.ktn-dr-neuberger.de

BAYERISCHER HOF
www.bayerischerhof.de

peter kenkel gmbh
www.peterkenkel.de

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Wirkungsvolles Coaching in der heutigen Beratungs- und Führungskräfteentwicklung

Von Uly Köhler

Moritz Neuhaus

Wie wird aus einem Geschäftsführer eine starke Marke – und warum entscheidet seine persönliche Präsenz heute über Vertrauen, Image und Erfolg eines ganzen Unternehmens? Darüber sprach Uly Köhler mit Personal Coach Moritz Neuhaus. Er begleitet seit Jahren Top-CEOs dabei auf der Bühne, in den Medien und vor allem auf LinkedIn.

Was verstehen Sie persönlich unter einem wirkungsvollen Coaching in der heutigen Beratungs- und Führungskräfteentwicklung?

Unter einem wirkungsvollen Coaching verstehe ich einen Coachee, in dem Fall einen Geschäftsführer, der sich auf das Thema wirklich einlässt, der offen dafür ist. Ich glaube, das ist immer die Voraussetzung. Und dann ist es möglich, sich zusammen weiterzuentwickeln.

Sie sind ja der Meinung, dass der CEO, also der Geschäftsführer, der stärkste Botschafter für das Image eines Unternehmens ist.

Das ist korrekt. Es gibt niemanden, der mehr Auswirkung auf das Image hat als der Mann oder die Frau an der Spitze. Und ich glaube, wir leben auch in einer Zeit, wo viele von Krisen sprechen, von Vertrauenskrisen. Und wir glauben eben auch, dass eine Antwort auf diese Vertrauenskrise diese persönliche Präsenz ist, dafür einzustehen, wo das Unternehmen hinsteuert, nach innen wie nach außen.

Wenn wir mal zurückdenken, die junge Bundesrepublik der 50er-Jahre: Der Geschäftsführer, der Unternehmer, das war ein gediegener Herr, der saß hinten im Mercedes, hatte eine dicke Zigarre und einen eleganten Hut auf. Was hat sich heute im Bild geändert?

Ich vergleiche viel mit den USA und Asien. Ich glaube, der Deutsche ist zurückhaltender geworden oder die Instrumente haben sich verändert. Statt der Zigarre hält er heute unterschiedliche Dinge in der Hand. Statt dem Auto hat er auch unterschiedliche Hobbys, spielt vielleicht Tennis oder Padel in Berlin. Die Amerikaner, glaube ich, gehen noch mal mit einem lauteren Selbstverständnis raus, da hängt an allem eine Null mehr dran. Die Asiaten dagegen, die können wir oft noch gar nicht so richtig verstehen, wie die drauf sind. Das wirkt mehr im Verborgenen.

Was Ihnen ja am Herzen liegt und was Sie aufs Spielfeld bringen wollen, ist, dass die amerikanischen CEOs mutiger in der Öffentlichkeit agieren. Sie haben das Gefühl, die Deutschen sind zurückhaltender, und das wollen Sie ändern.

Euer Glück hat keinen Preis und wird nicht gehandelt.
Es ist keine App, die auf das Handy heruntergeladen wird.

Papst Franziskus

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

www.sana.de

Dialogtour 2018 Schmetterling
Schmetterling wird 50 Jahre – und das muss gefeiert werden! → JETZT ANMELDEN!

www.schmetterling.de

WALTHER-WERKE
FORTSCHRITT SEIT 1897

www. walther-werke.de

CHAMPIGNON HOFMEISTER
FAMILIENUNTERNEHMEN SEIT 1908

www.champignon.de

ECKD
IT.Menschlich

www.eckd.de

VOLKMANN & ROSSBACH GmbH & Co. KG

www.volkmann-rossbach.de

IBB
WEITER MIT BILDUNG

www.ibb.com

IRS
INTELLIGENT REPAIRS

www.irs-group.com

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Vielleicht ist das 50er-Jahre-Bild, Mercedes und Zigarre, so, als hätten die Amerikaner das nach wie vor. Die haben das übernommen und fortgeschrieben; einen dickeren Motorraum und eine dickere Zigarre. Die Deutschen haben sich davon abgewandt, schämen sich fast, erleben Missgunst und Misstrauen Erfolg gegenüber und halten sich eher zurück.

Ein wichtiger Begriff: Coaching. Was sollten Führungskräfte durch gezieltes Coaching und Weiterbildung entwickeln und mitnehmen?

Ich spreche da für unseren Bereich, das Personal Branding. Die persönliche Marke des Geschäftsführers: Wie baut man die auf? Was verändert sich im Alltag mit einer persönlichen Marke? Wie macht man das mit Team? Das hat mit Persönlichkeitsentwicklung zu tun, aber von reinem Coaching und Leadership würde ich mich distanzieren.

Sie schulen ja solche Menschen, Unternehmer und Geschäftsführer, die Verantwortung für Mitarbeiter und Gelder haben. Was begegnet Ihnen bei solchen Schulungen?

Man muss etwas korrigieren: Schulung war mal stärker der Fall. Wir haben Hunderte begleitet. Heute, die letzten anderthalb bis zwei Jahre, machen wir ausschließlich die Umsetzung. Wir machen es für die Führungskräfte, sind wie digitale Redenschreiber oder interne Kommunikationsabteilung, Marketingleitung speziell für den CEO.

Wie sieht Ihr Werkzeugkasten aus, wenn Sie jemanden betreuen, der sich in der Öffentlichkeit gut darstellen will?

Bevor ich den Werkzeugkasten bringe, ist wichtig, nach dem Heidelberger Spezialchirurgen-Prinzip erstmal Fragen zu stellen: Bin ich der richtige Chirurg für das, was ich hier vorfinde? Liegt überhaupt eine „Krankheit" vor, die ich mit meinem Werkzeug lösen kann? Das ist Voraussetzung Nummer eins – denn das Thema ist nicht für jeden etwas, vielleicht passt es einfach nicht zu jedem vom Persönlichkeitstyp her.
Wenn man einem Geschäftsführer sagt, er darf zehn Minuten auf der Bühne vor Zielkunden oder -mitarbeitern sprechen, versteht jeder, dass eine gute Performance ein Triple Win ist: Anerkennung für ihn, Nutzen fürs Unternehmen und gute Zeit für die Audience. Aber von 100 Geschäftsführern sind vielleicht nur fünf bis zehn wirklich „bühnenaffin". Die meisten schicken ihre Leute, machen es nicht zur Chef-Priorität; das muss sich ändern. Menschen wünschen sich mehr „Leader", wie früher große Politiker.
Heute können das Unternehmer sein. Sie genießen noch relativ viel Vertrauen, verglichen mit Politikern oder NGOs. Unternehmer haben vom Image her den größten Einfluss.

Ist es nicht so, dass die Personen mit starker Bühnenpräsenz – nennen wir sie typisch amerikanische CEOs wie Bezos oder Cook von Apple – eine Gabe haben? Und andere, die gut mit Zahlen und Strategien sind, aber Angst vor Menschen, das nicht lernen können?

Ja, gebe ich Ihnen recht. Wenn man z.B. Steve Jobs und Tim Cook vergleicht, sieht man Unterschiede: Steve Jobs hat sich persönlich stark eingebracht, neue Features vorgestellt, ganz anders, als es Tim Cook tut. Führungspräsenz bewegt sich in Wellen – Roland Berger ist ein gutes Beispiel. Das Unternehmen hatte in aktiver Zeit Personenkult und jetzt ist alles dezentralisiert.
Herbert Diess von VW hat früh mutig auf Social Media und LinkedIn-Präsenz gesetzt, aber auch da gibt es Kritik, ob das zum Verhängnis wurde, was Quatsch ist – es geht um Ergebnisse. Nachfolger Oliver Blume stellt das Produkt in den Vordergrund. Diese Dynamiken bewegen sich wellenartig. Es ist wichtig zu fragen, wer an der Spitze das Unternehmen verändert. Digitalisierung ist auch wichtig dabei.

Welches Social-Media-Tool sehen Sie als das wichtigste an?

LinkedIn ist die wichtigste Business-Plattform der Welt, in Deutschland sind 21 Millionen Menschen angemeldet, Wachstum von 15–20 Prozent jährlich. Im Vergleich zu UK oder Frankreich ist die Durchdringung noch nicht so hoch, Potenzial ist also da.
Platz zwei ist Podcast: Top-Führungskräfte sollten Interviews geben. Drittens YouTube, sich vor die Kamera trauen.

Wie machen Sie auf sich selbst aufmerksam?

We eat our own dog food: Was wir predigen, machen wir auch seit sechs Jahren sehr konsequent. Drei bis fünf LinkedIn-Posts pro Woche mit Team, seit sieben Jahren Podcast-Formate, YouTube-Kanal. Das machen wir so lange und so konsequent und so gut, dass wöchentlich spannende Geschäftsführer auf uns zukommen.

Wohlstand, aufgebaut auf der Zerstörung der Umwelt, ist kein wirklicher Wohlstand.

Kofi Anann

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

alanod
www.alanod.com/de

R.I.E.MPP
Industrieservice Elektrotechnik GmbH
www.riempp.de

DVSE
www.topmotive.eu

gesa Hygiene-Gruppe
www.gesa.de

GESSMANN Industrieschaltgeräte
www.gessmann.com

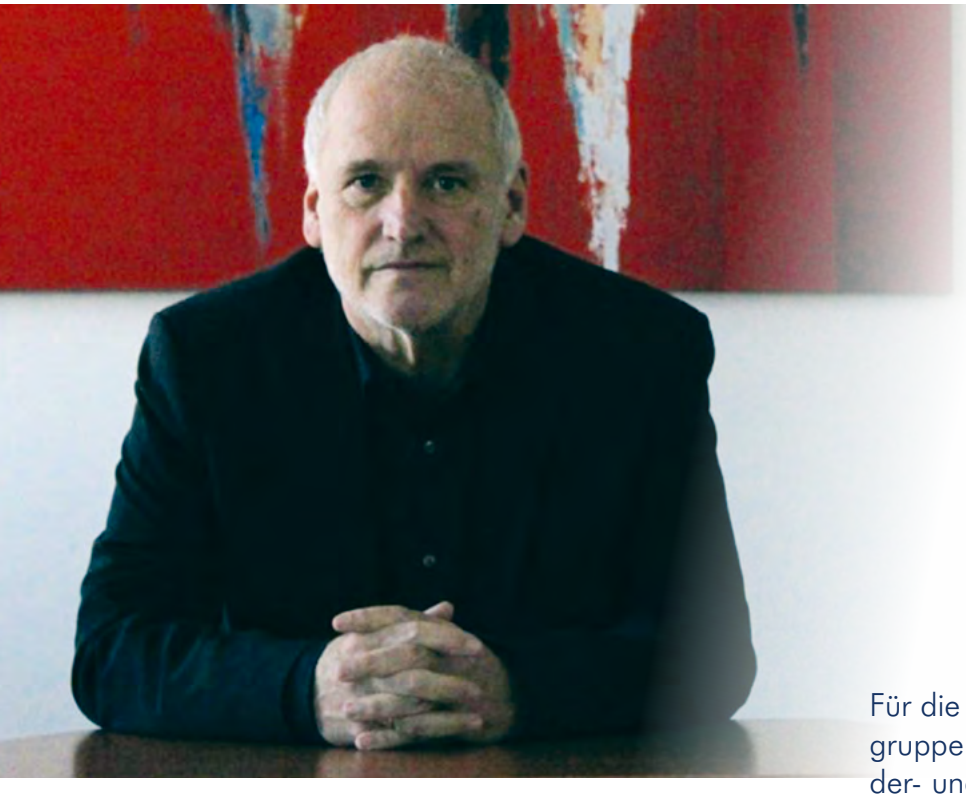
ABEL ReTec
PHOTOVOLTAIK & STROMSPEICHER
www.abel-retec.de

Autohaus KUMMICH
www.kummich.de

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Haltung in Zeiten gesellschaftlicher Spannungen

Ein Plädoyer für Wertearbeit in der Kinder- und Jugendhilfe



Von Rainer Haug

Wir leben in einer Zeit, die zunehmend von Unsicherheiten, Polarisierung und schnellen Urteilen geprägt zu sein scheint. Öffentliche Debatten werden oft zugespitzt geführt, das Vertrauen in Institutionen wird immer wieder hinterfragt, und gesellschaftliche Gräben werden als vertieft wahrgenommen. Auch junge Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe spüren diese Spannungen und erleben sie oft besonders intensiv. Sie suchen Orientierung, Zugehörigkeit und Halt – in einer Welt, die derzeit selbst ins Wanken zu geraten scheint.

Für die haug&partner unternehmensgruppe als Trägergruppe in der Kinder- und Jugendhilfe entsteht daraus eine besondere Verantwortung: jungen Menschen gerade in Krisenzeiten Stabilität zu geben und sie dabei zu begleiten, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden – selbstbestimmt und mit einer klaren Perspektive. Doch wie lässt sich das erreichen?

Eine mögliche, aus unserer Sicht wichtige, Antwort lautet: durch gelebte Haltung. Die schwierige Aufgabe lautet: Haltung glaubwürdig leben, professionell entwickeln und institutionell verankern.
Der Begriff „Haltung“ ist heute in aller Munde. Politik, Wirtschaft, Medien – alle fordern Haltung ein. Doch was bedeutet das konkret, insbesondere in einem professionellen und gleichzeitig so sensiblen Kontext wie der Kinder- und Jugendhilfe?

Der Begriff „Haltung“ entzieht sich einfachen Definitionen, ist jedoch für professionsethische und sozialpädagogische Kontexte von zentraler Bedeutung. In einem grundsätzlichen Sinne bezeichnet Haltung eine tief verankerte, reflexiv entwickelte und konsistente Einstellung eines Menschen gegenüber sich selbst, anderen und der Welt. Im Gegensatz zu situativen Meinungen oder kurzfristigen Einstellungen ist Haltung ein relativ stabiles, handlungsleitendes Orientierungsgerüst, das normative Überzeugungen, ethische Prinzipien und persönliche Werte integriert. Sie wird in der Interaktion mit anderen sichtbar, insbesondere in der Art und Weise, wie Fachkräfte mit Macht, Verantwortung, Ambivalenz und Beziehung umgehen.

Gerade im Kontext der Kinder- und Jugendhilfe, der durch asymmetrische Machtverhältnisse, vulnerable Klient*innen und hohe moralische wie rechtliche Anforderungen gekennzeichnet ist, erhält Haltung eine doppelte Relevanz: einerseits als persönliches Fundament professionellen Handelns, andererseits als kollektive, institutionell mitgetragene Orientierungsgröße. Professionelle Haltung umfasst hier insbesondere die Fähigkeit zur Selbstreflexion, zur empathischen Beziehungsgestaltung, zur ethischen Urteilsbildung und zur verantwortlichen Entscheidungsfindung unter Unsicherheitsbedingungen.

Theoretisch lässt sich Haltung als Schnittpunkt von persönlicher Integrität, professionsspezifischen Ethiken (z. B. der Sozialen Arbeit oder Pädagogik) und organisationaler Kultur verstehen. Sie zeigt sich nicht primär in expliziten Aussagen, sondern im gelebten Alltagshandeln: in der Anerkennung der Subjektstellung junger Menschen, in der Bereitschaft, Ambivalenz auszuhalten, und in der Praxis von Gerechtigkeit, Partizipation und Schutz. Haltung erweist sich insofern als performativ: Sie wirkt nicht durch Worte allein, sondern durch konsequentes, verantwortliches Tun.

Die Aufgabe der Organisation: Haltung sichtbar machen und vorleben

Zugleich ist professionelle Haltung nicht ausschließlich individuelles Gut, sondern verlangt institutionelle Bedingungen: Räume für Reflexion und Dialog, klare ethische Leitlinien, unterstützende Führung sowie eine Kultur der Achtsamkeit und Verantwortung. Sie ist damit sowohl Ergebnis individueller Persönlichkeitsentwicklung als auch Ausdruck organisationaler Reife. So bedeutsam die persönliche Haltung jedes einzelnen Mitarbeitenden auch ist – sie bedarf einer gemeinsam getragenen Grundlage, die institutionell verankert und organisational gestützt wird.

In diesem Sinne ist Haltung nicht nur als individuelles Verantwortungsfeld zu begreifen, sondern auch als genuine Führungsaufgabe und als strukturbildendes Organisationsprinzip. Es greift zu kurz, die Entwicklung professioneller Haltung allein in die Eigenverantwortung der Mitarbeitenden zu legen. Vielmehr obliegt es der Organisation, eine klare, konsistente und reflektierte Haltung zu definieren, zu kommunizieren und sowohl nach innen als auch nach außen transparent zu machen. Nur so kann eine kohärente normative Orientierung für alle Beteiligten gewährleistet werden.

Darüber hinaus sind geeignete institutionelle Rahmenbedingungen erforderlich, welche die Mitarbeitenden in diesem kontinuierlichen Entwicklungsprozess unterstützen. Professionelle Haltung ist kein statischer Zustand und keine einmalige Entscheidung, sondern ein dynamischer Prozess der fortlaufenden Selbstreflexion, kollegialen Auseinandersetzung und fachlichen Weiterentwicklung. Hierfür bedarf es gezielter struktureller Angebote – wie etwa Supervision, kollegialer Beratung oder Weiterbildung –, die Zeit und Raum für die Auseinandersetzung mit dem eigenen professionellen Selbstverständnis eröffnen.

Haltung in der Kinder- und Jugendhilfe ist daher weit mehr als eine pädagogische Technik oder Methodik

Wertearbeit als Brücke zwischen Sozialem und Ökonomie

Die zunehmende Komplexität gesellschaftlicher Herausforderungen – etwa in Gestalt sozialer Ungleichheit, wachsender Polarisierung, digitaler Transformation und ökologischer Krisen – erfordert eine neue Form der Verschränkung zwischen sozialen und ökonomischen Systemlogiken. In diesem Spannungsfeld kommt der Wertearbeit eine zentrale vermittelnde Funktion zu. Sie ermöglicht es, normative Orientierungen als integralen Bestandteil sowohl sozialen Handelns als auch wirtschaftlicher Entscheidungen zu begreifen – und somit eine Brücke zwischen zwei Sphären zu schlagen, die in traditionellen Deutungsmustern häufig als unvereinbar oder antagonistisch dargestellt wurden.

Im Kontext der Kinder- und Jugendhilfe zeigt sich exemplarisch, wie Wertearbeit im Schnittpunkt zwischen individuellen Bedürfnissen, gesellschaftlichen Erwartungen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen relevant wird. Die Arbeit mit jungen Menschen erfordert ein tiefes ethisches Verantwortungsbewusstsein, das nicht nur pädagogisch fundiert, sondern zugleich strukturell abgesichert und wirtschaftlich tragfähig sein muss. Professionelle Haltung, Beziehungsqualität und pädagogische Integrität lassen sich nicht unter rein ökonomischen Gesichtspunkten bemessen – und dennoch bedarf ihre Realisierung organisatorischer Ressourcen, strategischer Planung und nachhaltiger Finanzierung. Wertearbeit operiert somit genau in diesem Zwischenraum: Sie übersetzt ethische Prinzipien in organisationale Praxis und schafft Anschlussfähigkeit an wirtschaftliche Rationalitäten, ohne sich ihnen vollständig zu unterwerfen.

Gleichzeitig verändert sich auch das Selbstverständnis ökonomischen Handelns. In zunehmendem Maße gewinnt das Konzept einer verantwortungsorientierten Wirtschaft an Bedeutung – etwa im Rahmen von „Corporate Social Responsibility“, „Social Entrepreneurship“ oder dem Paradigma der „Gemeinwohl-Ökonomie“. Diese Modelle erkennen an, dass ökonomisches Handeln nicht wertefrei ist und dass Unternehmen Verantwortung für das soziale, ökologische und kulturelle Umfeld übernehmen müssen, in dem sie operieren. Wertearbeit wird hier zur zentralen Ressource organisationaler Entwicklung: Sie fundiert strategische Entscheidungen, prägt Unternehmenskultur und stärkt die gesellschaftliche Legitimität wirtschaftlichen Handelns.

Die haug&partner unternehmensgruppe positioniert sich in diesem Spannungsfeld als Akteur, der bewusst beide Welten verbindet: das ethisch sensible Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe einerseits und die Anforderungen unternehmerischen Denkens andererseits. Wertearbeit wird dabei nicht als Zusatz oder Ideal verstanden, sondern als strukturbildendes Element, das die Qualität professioneller Praxis ebenso beeinflusst wie die Nachhaltigkeit unternehmerischer Strategien. Durch die bewusste Reflexion und Implementation gemeinsamer Werte – etwa Respekt, Verantwortung, Partizipation, Solidarität – entsteht ein konsistenter Handlungsrahmen, der über sektorale Grenzen hinauswirkt.

In dieser Perspektive fungiert Wertearbeit nicht nur als ethisches Korrektiv ökonomischer Rationalität, sondern als produktive Schnittstelle, in der innovative Lösungen für komplexe soziale Herausforderungen entstehen können. Sie eröffnet die Möglichkeit, soziale Wirkung und wirtschaftliche Effizienz nicht als Gegensätze, sondern als komplementäre Zielgrößen zu denken – und trägt damit zur Entwicklung eines verantwortungsvollen, zukunftsfähigen gesellschaftlichen Miteinanders bei.

Haltung in der Kinder- und Jugendhilfe ist daher weit mehr als eine pädagogische Technik oder Methodik; sie ist Ausdruck eines normativen Selbstverständnisses, das sich aus einer besonderen Verantwortung gegenüber jungen Menschen speist. In einer Zeit wachsender gesellschaftlicher Spannungen und zunehmend konfliktiver Diskurse begreift die haug&partner unternehmensgruppe es als eine ihrer zentralen Aufgaben, Haltung sichtbar zu machen – bewusst, reflektiert und verbindlich.

Die beste Methode, eine gute Idee zu bekommen, ist viele Ideen zu haben!

Linus Pauling

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

B.E.G. LUXOMAT®
www.beg-luxomat.com

Maggi
www.maggi.com

engbers
www.engbers.de

POWERLINES GROUP
www.powerlines-group.com/spl/spl_germany.nsf

LDB Gruppe
Speed up your business
www.ldb.de

möma
www.moemax.de

Mr. Wash
www.mrwash.de

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

500 Milliarden, klare Kante, neue SPD

Wie Generalsekretär Tim Klüssendorf die schwarz-rote Regierung prägen will

Von Uly Köhler

Tim Klüssendorf

Foto: @Maximilian König

Tim Klüssendorf ist einer der prägenden Köpfe der erneuerten SPD: linker Flügel, direkter Draht zur Basis, kommunalpolitisch geschult in Lübeck und zugleich Wahlkampfmanager einer Partei, die sich in einer schwarz-roten Bundesregierung neu erfinden will. Wo die SPD in dieser Regierung tatsächlich den Unterschied macht, welche Grenzen für ihn bei Migration und Sozialpolitik nicht verhandelbar sind, das erklärte er Uly Köhler.

Herr Klüssendorf, Sie sind als Vertreter des linken Flügels und als relativ junger Generalsekretär angetreten, um die SPD zu erneuern. Wie viel von diesem Aufbruch sehen Sie heute tatsächlich in der Linie dieser schwarz-roten Bundesregierung?

Das ist gar nicht so wenig. Wir haben zum Beispiel direkt zu Beginn dieser Wahlperiode eine historische Investitionsoffensive gestartet. Mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz versetzen wir den Bund, die Länder und die Kommunen in die Lage, 500 Milliarden Euro zusätzlich zu investieren. Das ist das größte Investitionspaket, das es jemals gab in unserem Land, und wir beginnen damit endlich, einen riesigen Investitionsstau Stück für Stück aufzulösen. Für diese dringend notwendigen Rekordinvestitionen hat die SPD lange gekämpft. 100 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen sind dabei für die Länder und Kommunen vorgesehen. Wir wollen, dass die Menschen bei sich im direkten Umfeld in den nächsten Jahren spüren, dass sich richtig etwas tut. Unter anderem Schwimmbäder, Schienen, Straßen und Schulen werden mit den Mitteln saniert.

Bei der Frage von mehr Steuergerechtigkeit bin ich sehr unnachgiebig und werde sozialdemokratische Positionen weiterhin sichtbar machen

Diese Regierung tut außerdem alles dafür, um Arbeitsplätze zu sichern, um ein zweites Beispiel zu nennen. Wir treiben das mit viel Engagement voran. Die SPD hat bereits vor zwei Jahren einen Industriestrompreis gefordert. Und die Union hat angesichts der wirtschaftlichen Lage nun ebenfalls erkannt, dass dies der richtige Weg ist. Wir konnten den Industriestrompreis jetzt im Kabinett beschließen – damit sichern wir Arbeitsplätze in der Industrie und ermöglichen unseren Unternehmen, wettbewerbsfähig zu bleiben. Ganz ähnlich der Deutschlandfonds aus unserem SPD-Regierungsprogramm zur Mobilisierung von privatem Kapital für Zukunftsinvestitionen, auf den wir uns jetzt in der Koalition geeinigt haben. Und noch ein drittes Beispiel: Wir packen umfassende Reformen unseres Sozialstaats bei der Rente, bei der Grundsicherung und auch in der Pflege an, und zwar so, dass unser Sozialstaat auch in Zukunft stark bleibt. Da liegen sicherlich noch wichtige Diskussionen vor uns, aber wir sind ganz klar reformbereit und wollen strukturelle Veränderungen erreichen, mit mutigen Reformideen, die für mehr Solidarität und Zusammenhalt sorgen.
Und auch jenseits unserer Kernthemen Arbeitsplätze, Wirtschaft und ein funktionierender Sozialstaat tun wir eine Menge: Unsere Justizministerin Stefanie Hubig beispielsweise bekämpft mit einer Reihe von Gesetzen Gewalt gegen Frauen, die noch viel zu viele Frauen erleiden.
Im Ergebnis können wir auf eine ganze Reihe von Punkten blicken, mit denen wir diese Regierungsarbeit entscheidend prägen.

Ihre Aufgabe ist es, die SPD in der Koalition sichtbar zu machen. Können Sie ein konkretes Projekt nennen, bei dem man im Alltag eindeutig erkennt: Das wäre ohne einen SPD-Generalsekretär Tim Klüssendorf so nicht gekommen?

Ich setze mich seit Jahren für mehr Steuergerechtigkeit ein, zum Beispiel über eine Reform der Erbschaftsteuer. Und gerade sehen wir, dass auch auf Seiten der Union Bewegung bei diesem Thema reinkommt und unsere Argumente gehört werden. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir hier in dieser Legislatur gemeinsam noch Änderungen erreichen können. Wir wollen kleine Erbschaften besserstellen und Milliardenerben gerechter besteuern, so dass diejenigen, die sehr, sehr viel Geld haben, sich zukünftig stärker am Gemeinwohl beteiligen. Das Geld, das der Staat dadurch einnehmen würde, könnte zum Beispiel über die Länder direkt in bessere Bildung fließen.
Wenn wir hier mit Mut und Tatendrang eine Reform der Erbschaftsteuer hinbekommen, wie sie ja auch die Wirtschaftsweisen fordern, dann werden alle Bürgerinnen und Bürger sehen: Hier hat die SPD entscheidend mitgestaltet. Bei der Frage von mehr Steuergerechtigkeit bin ich also sehr unnachgiebig und werde sozialdemokratische Positionen weiterhin sichtbar machen.

Die arbeitende Mitte muss entlastet werden und die Menschen mit den allerhöchsten Vermögen, Erbschaften und Schenkungen endlich ihren fairen Beitrag leisten

Sie stehen zwischen Parteibasis, Parteilinken und einem pragmatischen Parteivorsitz. Wann haben Sie das letzte Mal intern klar „Nein" gesagt, obwohl es strategisch einfacher gewesen wäre, still mitzuschwimmen?

Intern bleibt intern. Ich sage immer „Nein", wenn ich es für richtig halte, darauf können Sie sich verlassen. Ich halte wirklich gar nichts davon, sich vor Verantwortung wegzuducken.

Sie kommen aus der Kommunalpolitik in Lübeck und kennen knappe Kassen und soziale Konflikte aus nächster Nähe. An welcher Stelle sagen Sie heute in Berlin: Das, was wir da beschließen, würde in einer Stadt wie Lübeck so niemals funktionieren?

Was in Lübeck nicht funktioniert, funktioniert auch im Bund nicht – und dann können wir das nicht beschließen. Mein Wahlkreis ist für mich Gradmesser. Dort spiegeln mir die Menschen sehr direkt, was sie im Alltag beschäftigt, wo ihre Sorgen liegen und was sie von unserer Politik erwarten. Ich habe viele Jahre in Lübeck Kommunalpolitik gemacht und als Persönlicher Referent des Bürgermeisters gearbeitet – daraus konnte ich extrem viel mitnehmen. Unser Anspruch als SPD ist, den Kontakt zur Basis in den Städten und Gemeinden immer zu gewährleisten. Dass uns die Kommunalpolitik besonders wichtig ist, stellen wir nicht zuletzt mit dem bereits genannten Sondervermögen und den zusätzlichen Mitteln für die Kommunen unter Beweis. Darüber hinaus brauchen wir aber strukturelle Verbesserungen in der finanziellen Ausstattung unserer Städte und Gemeinden.

Als Sprecher der Parlamentarischen Linken haben Sie Konzepte wie eine Vermögensabgabe ins Gespräch gebracht. Wo ist von dieser Umverteilungsagenda im Koalitionsvertrag mit CDU/CSU noch etwas übriggeblieben?

Da brauchen wir nicht lang um den heißen Brei herumzureden. In diesem Politikfeld liegen die Union und wir traditionell recht weit auseinander. Trotzdem ist das Thema Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit für mich überhaupt nicht vom Tisch. Wir erwarten noch in dieser Legislaturperiode Urteile des Bundesverfassungsgerichts, aus denen ein klarer Reformbedarf bei der Erbschaftsteuer erwachsen dürfte. Deshalb bin ich hier, wie bereits gesagt, auch so hinterher. Für mich ist eine zentrale Botschaft sehr klar: Die arbeitende Mitte muss entlastet werden und die Menschen mit den allerhöchsten Vermögen, Erbschaften und Schenkungen endlich ihren fairen Beitrag leisten.

Es gibt für uns keinen Reserveplaneten.

Franz Alt

KREMER®
KAUTSCHUK | KUNSTSTOFF
FORMTEILE & SYSTEME
www.kremer.de

ESE
www.ese.com

DISCHER®
www.discher.de

Rila
FEINKOST-IMPORTE
www.rila.de

WELT WALD KLIMA
WORLD FOREST FOUNDATION

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Wir sind nun mit der Union in einer Arbeitskoalition aus der Mitte des Parlaments

Es geht nicht um die zusätzliche Belastung des Handwerkers um die Ecke oder um Omas Häuschen, da wollen wir weiterhin gute Schutzregelungen haben. Es geht vielmehr um die Abschaffung legaler Steuerumgehungstricks, die im großen Stil genutzt werden, und um die Wiederherstellung von Leistungsgerechtigkeit in unserem Land.

Sie haben öffentlich vor „sozialen und integrationspolitischen Rückschritten" bei Migration und Bürgergeld gewarnt. An welchem Punkt würden Sie sagen: Hier überschreitet diese Koalition eine Grenze, die mit einer SPD unter Ihrer Verantwortung nicht mehr vereinbar ist?

Die Aussage habe ich als Sprecher der Parlamentarischen Linken in der SPD zu Beginn der Sondierungen gemacht und es wurde ja danach in den Koalitionsverhandlungen noch einiges in die richtige Richtung vereinbart. Aber klar: Eine Koalition besteht immer aus Kompromissen. Wir sind nun mit der Union in einer Arbeitskoalition aus der Mitte des Parlaments. Unsere gemeinsame politische Agenda haben wir zu Beginn der Wahlperiode festgelegt und die arbeiten wir nun nach und nach ab. Ich werde neben dem Regierungshandeln stets darauf achten, dass wir als SPD unser Profil im Blick haben und immer wieder zentrale Punkte ans Ziel bringen.

Wenn Sie den Aufstieg der extremen Ränder betrachten: Welche Entscheidung der SPD der letzten Jahre würden Sie Ihren Jusos heute als Warnbeispiel erklären – nach dem Motto: „So verliert man Vertrauen an AfD und BSW"?

Meine Rolle sehe ich überhaupt nicht darin, unseren Jusos etwas zu erklären. Unsere Jusos bringen immer wieder wichtige Impulse, beteiligen sich aktiv an parteiinternen Debatten und sind für mich der größte und wichtigste politische Richtungsverband des Landes. Ich bin sehr froh, dass es sie gibt.

Sie gehören einer Generation an, für die Europa selbstverständlich schien und jetzt plötzlich fragiler wirkt. Wie erklären Sie einem 18-jährigen Erstwähler, wofür Deutschland in Europa unter dieser Koalition eigentlich steht – außer für Streit um Geld und Regeln?

Deutschland steht für ein Europa, das Freiheit, Frieden und Demokratie verteidigt und unseren Wohlstand schützt. Wir arbeiten an einem Europa, das sich international für Gerechtigkeit und Solidarität einsetzt, und zwar ganz bewusst als Gegenmodell zu den Autokratien und Diktaturen dieser Welt. Nicht als Zuschauer, sondern als Kraft, die für Sicherheit sorgt und Verantwortung übernimmt. Wir wollen ein Europa, das eine gute Zukunft sichert, und in dem

Es gilt, den technischen Fortschritt ganz gezielt zum Instrument für den humanen Fortschritt zu machen.

Hans-Dietrich Genscher
Ehrensenator des Senats der Wirtschaft

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

GESA Unternehmensgruppe
www.gesa-ag.de

Baldus Medical
www.baldus-group.de

REFRATECHNIK
www.refra.com

Fehr
www.fehr.de

PORSCHE
www.porscheengineering.com

funk
www.funk-gruppe.de

Evangelische Bank
www.eb.de

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

jeder frei entscheiden kann, wie sie oder er leben will. Reisen ohne Grenzen, Studium im Ausland, Frieden zwischen Nachbarn. Aber momentan merken wir: Das ist nicht automatisch so. Die Welt verändert sich rasant. Gerade die USA und China bestimmen vieles, und immer mehr Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika fordern völlig zurecht ihren Platz in der Welt ein. Deutschland und Europa werden in dieser Welt nur wahrgenommen, wenn wir als Europäer zusammenhalten und mit einer Stimme sprechen.

Deutschland wirkt international oft zögerlich, sei es bei Rüstungsexporten, bei Militäreinsätzen oder bei der Unterstützung von Partnern. Welche unpopuläre außen- oder sicherheitspolitische Entscheidung würden Sie aus heutiger Sicht trotzdem für notwendig halten?

Ich halte es für richtig, bei Entscheidungen von großer Tragweite genau abzuwägen, um unsere Sicherheit nicht aufs Spiel zu setzen. Wenn wir Entscheidungen getroffen haben, müssen wir sie konsequent als verlässlicher Partner umsetzen.

Als Generalsekretär sind Sie auch Wahlkampfmanager. Wie sieht eine Kampagne aus, bei der man auf den ersten Blick merkt: Das ist nicht die SPD von 2017, sondern die von Tim Klüssendorf 2026?

Als Wahlkampfmanager in Lübeck habe ich 2017 trotz einer schwierigen Ausgangslage die Oberbürgermeisterkampagne erfolgreich geleitet. Bei den Bundestagswahlen 2021 und 2025 habe ich mit meinem Team meinen Wahlkreis jeweils direkt gewonnen. Insofern kann ich an erfolgreiche Kampagnen und Erfahrungen anknüpfen – auch wenn die zentrale Bundestagswahlkampagne natürlich nochmal eine ganz andere Hausnummer ist, das ist mir natürlich bewusst. Unsere Kampagnen müssen sich durch glasklare und mutige Forderungen auszeichnen, die zu einer zuversichtlichen und positiven Vision von einer besseren Zukunft führen.

Viele junge Leute erleben Politik als zäh, defensiv und von Krisen getrieben. Was würden Sie jemandem sagen, der Ihnen ins Gesicht erklärt: „Ich teile Ihre Werte, aber ich glaube nicht mehr daran, dass die SPD sie durchsetzen kann?“

Wenn ich meine Social-Media-Apps aufmache, sehe ich zurzeit tatsächlich eher den einen oder anderen Konservativen, der behauptet, die SPD setze sich zu oft durch. Aber Spaß beiseite. Ich würde zunächst einmal wissen wollen, an welcher Stelle es konkret hakt, fragen, woher dieser Eindruck kommt, und dann zeigen, warum es die SPD so dringend braucht. Die SPD ist für mich immer noch die Partei der Arbeit. Wir begegnen jedem Lebensentwurf mit Respekt. Wir kämpfen gegen all jene, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer Identität diskriminieren und bedrohen. Das alles ist tief in unserer DNA verankert. Und wir machen uns genau jetzt auf, die Fragen unserer Zeit neu zu beantworten. Wie die Menschen arbeiten, hat sich gewandelt und wird sich weiterhin wandeln. Einzelne Milliardäre haben in der Plattformökonomie aktuell mehr Macht als Millionen Bürgerinnen und Bürger, künstliche Intelligenz verändert alles, unser Planet steht immer noch unter der Last von Klimakrise und Kriegen. Wir schreiben ein neues Grundsatzprogramm und gehen dafür raus zu den Menschen. Wir werden im ganzen Land unterwegs sein, um genau diese Gespräche zu führen, immer mit der Einladung, sich einzubringen, Veränderung zu gestalten und sich gern auch zur Wahl zu stellen.

Zur Person:

Tim Klüssendorf, geboren 1991 in Lübeck, seit 2021 Mitglied des Deutschen Bundestages (Wahlkreis Lübeck). Seit 2025 Generalsekretär der SPD, zuvor Sprecher der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion. Studium der Volks- und Betriebswirtschaftslehre in Hamburg, Abschluss als Volks- und Betriebswirt. Politisch sozialisiert in Lübeck: früh bei den Jusos aktiv, Mitglied der Lübecker Bürgerschaft und persönlicher Referent des Bürgermeisters, bevor er in den Bundestag einzog.

Wenn wir gemeinsam 1.000 Milliarden Bäume pflanzen, kühlen wir unsere Erde um bis zu 1° C ab. #Beleafit

Jetzt mitpflanzen! Unter **plant-for-the-planet.org** oder in der **Plant-for-the-Planet App**

In Partnerschaft mit dem SENAT DER WIRTSCHAFT

Ist Trump zu stark, sind wir Europäer zu schwach

Dr. Walter Döring

Von Walter Döring

Der „Deal“, den US-Präsident Donald Trump und die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Sommer geschlossen haben, hat unterschiedliche, im Kern aber übereinstimmende Kommentare erfahren: Die EU ist vor Trump „in die Knie gegangen“. Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, die EU, hat gegen die größte Volkswirtschaft der Welt, die USA, im Kampf um „faire Zölle“ verloren.
Das Handelsblatt sah darin „Europas Kapitulation“ und eine „Unterwerfung“. Die FAZ schrieb von „einer weiteren Demütigung Europas“. Die Süddeutsche Zeitung überschrieb ihren Bericht zum Deal mit „Ach, Europa“ und hielt fest, dass es sich „um eine Demütigung Europas handelt, die in die Geschichte eingehen wird“. Die Stuttgarter Zeitung stellte nüchtern fest: „Der beste aller schlechten Deals.“

Bundeskanzler Friedrich Merz, der lange auf eine Verständigung mit den USA im Zollstreit gedrängt hatte, erklärte, dass der Zolldeal der „deutschen Wirtschaft erheblichen Schaden zufügt“, um aber zu ergänzen, dass dieses Ergebnis „in der gegenwärtigen Situation das Beste ist, das zu erreichen war“.
Frankreichs Präsident Emmanuel Macron monierte, man habe „zu schnell kapituliert“.
Auch wenn ein „Blick zurück“ wenig hilft, so ist doch festzuhalten, dass die von den Linken, der SPD und Grünen ebenso hysterisch wie kurzsichtig betriebene Verhinderung von TTIP, einem vor Jahren angestrebten Handelsabkommen der EU mit den USA, schlicht unvorstellbar dumm war und uns heute „mächtig auf die Füße fällt“. Wir wären Trump gegenüber mit einem solchen Handelsabkommen „im Rücken“ viel stärker und hätten bessere Ergebnisse erzielen können.
Hoffentlich ziehen wir in Europa unsere Lehren daraus und nehmen die Welt, die geopolitische Lage insgesamt so, wie sie ist, und nicht so, wie zu viele bei uns sie sich vorstellen und stets mit „moralisch erhobenen Zeigefinger oberlehrerhaft durch die Welt reisen“. Beim Umgang mit Präsident Donald Trump einer der größten Fehler! Jens Münchrath: „Nichts macht Trump stärker als die moralische Dauerempörung seiner politischen Gegner.“

Nun: Alles Gejammer und Vergießen von Krokodilstränen hilft nicht weiter, sondern nur eine offene ehrliche Analyse, „wie konnte es so weit kommen“, und im Anschluss daran die richtigen Schlüsse ziehen, „was jetzt zu tun ist“.
Der Reihe nach: Die Europäische Union ist inklusive Deutschland militärisch „elend schwach“, wirtschaftlich von viel Notwendigem – „Seltene Erden“, Absatzmärkte, Fachkräfte etc. – abhängig und politisch eine „Ansammlung von 27 Zwergen“. Nahezu jedes einzelne Land „robbte“ nach Washington, um für sich bessere Konditionen, niedrigere Zölle zu verhandeln.
Alexander Mühlauer in der Süddeutschen: „Die EU war zu keinem Zeitpunkt auch nur annähernd dazu in der Lage, sich zu wehren. Statt mit einer Stimme zu sprechen, verhielt sich ein Großteil der 27 Mitglieder wie ein nervöser Hühnerhaufen.“
Nach Herfried Münkler setzt Trump „weniger auf Gewalt und Zwang, sondern nutzt Drohung und Erpressung, um Akteure außerhalb des eigenen politischen Raums seinem Willen gefügig zu machen. Er hat die extrem kostenaufwendige hegemoniale Wohlwollenspolitik der USA durch eine sehr viel billigere imperiale Einflusszonenpolitik ersetzt“. Die Instrumente Trumps sind „der Entzug von Sicherheitsgarantien und der auf exorbitante Zölle gestützte Ausschluss vom US-Wirtschaftsraum“.
Heinrich August Winkler spricht von „Schutzgelderpressung“, die Trump ungeniert betreibt.
Was ist zu tun, um „als Europa“ in dem von Herfried Münkler so genannten Konzert der „großen Fünf China, USA, Russland und Indien und evtl. Europa“ dabei sein zu können – und nicht nur dies, sondern darin auch „eine Rolle zu spielen“?
Fangen wir mit dem an, womit sich viele Europäer – vor allem die Deutschen – besonders schwertun: Europa muss alle Anstrengungen auf sich nehmen, um von den USA unabhängiger zu werden: Auch und vor allem militärisch! Viel zu lange haben wir uns darauf verlassen, dass 335 Millionen Amerikaner den Schutz von nicht nur uns 450 Millionen Europäern in der EU, sondern von allen 745 Millionen Europäern garantieren und unter eigenem Verzicht – viel geringere Sozialleistungen z.B. als in den meisten europäischen Ländern – weitgehend finanzieren.
Also ist es jetzt doch endlich allerhöchste Zeit, dass Europa die nun ja schon mehrfach ergangenen „Weckrufe aus den USA“ erhört und ins konkrete Handeln kommt und dabei auch selbstbewusst zeigt, dass es nicht komplett wehrlos ist.
Was ist zu tun?
Die „27 Zwerge“ müssen endlich viel geschlossener auftreten, um „als Ganzes“ wahr- und ernst genommen zu werden. Die Tatsache, dass Ungarn immer wieder „aus der Reihe tanzt“, sollte weniger schmerzen als vielmehr zum Anlass genommen werden, Victor Orban die EU-Gelder zu streichen.
Die EU sollte sich zusätzlich in allen sicherheitsrelevanten Fragen um ein gemeinsames Auftreten der EPG, Europäische Politische Gemeinschaft, bemühen; dann wären es 44 Staaten und es wäre „ganz Europa“.
Darüber hinaus müssen die Bemühungen der Europäer um eine noch viel stärkere Abstimmung bei allen Fragen der „militärischen Abwehr zur Verteidigung der Demokratie“ z.B. mit Kanada, Japan, Australien und Neuseeland sowie Südkorea vorangetrieben werden.

Die begonnene Aufrüstung, um durch eigene militärische Stärke Abschreckung gegenüber Aggressoren zu erhöhen und somit Angriffskriege gegen uns zu verhindern, ist gegenwärtig ebenso unumkehrbar wie unzureichend. Man mag es beklagen, aber „Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit“: Ohne atomare Abschreckung keine wirkliche Abschreckung. Jochen Buchsteiner in der FAZ: „Alle wissen, dass die Abhängigkeit von Amerika eine neue nukleare Architektur erzwingt.“

Ob Joachim Gauck oder auch Herfried Münkler bis hin zu Joschka Fischer u.v.a. – sie alle bezweifeln, dass Putin die Ukraine angegriffen hätte, hätte diese noch über Atomwaffen und somit über einen „atomaren Schutzschirm“ verfügt. Nie zu vergessen: Im „Budapester Memorandum“ von 1994 gab die Ukraine ihre Atomwaffen ab. Als Gegenleistung gaben die Russische Föderation, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten gemeinsam Sicherheitsgarantien für die Ukraine ab. Putin hat die Ukraine gegen alle Verträge angegriffen; hätte er dies auch getan, wenn die Ukraine noch über ihre Atomwaffen verfügt hätte?

Dass Deutschland im Juli in London einen neuen Freundschaftsvertrag abschloss, „um Schutz unter dem britischen Nuklearschirm zu suchen“, ist gut, aber für ganz Europa unzureichend. Herfried Münkler weist auf Umfragen, nach denen „mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung die Notwendigkeit einer europäischen nuklearen Abschreckung befürwortet“. Und er fügt folgerichtig zusammenfassend hinzu: „Europa braucht eine eigene gemeinsame nukleare Abschreckungskomponente, damit sich alle sicher fühlen.“

Positive Begleiteffekte der Aufrüstung: mehr Forschung, mehr Innovationen, verbesserte Infrastruktur.

Auch wenn die USA noch auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte ein unverzichtbarer Partner bleiben, so ist es doch dringend geboten, sowohl militärisch als auch wirtschaftlich unabhängiger zu werden.

Europa muss seine Wettbewerbsfähigkeit entschlossen stärken und sich auf seine eigene Kraft besinnen: 85 Prozent des Welthandels laufen an Amerika vorbei. Europa ist dringend dazu aufgefordert, seine Chancen zu nutzen und weltweit neue Partnerschaften einzugehen und bestehende zu festigen. Die EU hat die große Chance, „sich als regelbasierter, verlässlicher Akteur zu präsentieren und eine ambitionierte globale Handelsagenda voranzutreiben“. So suchen Mexiko und Kanada nach neuen bilateralen Handelsmöglichkeiten, seitdem Trump beide Länder besonders „malträtiert“. Darüber hinaus gibt es eine ganze Reihe weiterer Länder, die zu uns Europäern „passen“: Südkorea, Australien, Neuseeland, Japan, Indien und Großbritannien sowie die Schweiz plus die CPTPP (Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership, ein Freihandelsabkommen von elf Pazifikanrainerstaaten) und unbedingt der afrikanische Kontinent sowie natürlich vor allem und ganz dringend: Bevor es sich die Staaten Bolivien, Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay anders überlegen, muss jetzt nach 25 Verhandlungsjahren dieses Mercosur-Abkommen unter Dach und Fach gebracht werden. EU und Mercosur – ein Raum von nahezu 800 Millionen Bürgerinnen und Bürgern, die davon profitieren würden. Hier darf nicht noch länger gezögert werden, denn die Staaten

„Wenig Regulierung" heißt im Kern: Entbürokratisierung; eine zwingende Notwendigkeit, um in allen Bereichen wettbewerbsfähiger zu werden

in Lateinamerika „verlieren langsam die Geduld mit Brüssel und machen lieber Geschäfte mit anderen. Hauptprofiteur von Europas Zaudern ist China, das seine Chancen nutzt". Stichwort China: Ein Investitionsabkommen mit China wäre ein Zeichen dafür, dass Europa sich von der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt nicht „decoupelt", sondern mit China in einen fairen Wettbewerb einzutreten gewillt ist.

Das Mercosur-Abkommen ist aus Sicht von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen „wirtschaftlich eine Chance und politisch notwendig" – und „hat das Zeug", zu einem „historischen Meilenstein" zu werden. Die Sorgen der Landwirte im Zusammenhang mit diesem Abkommen vor allem in Frankreich sind unbegründet, denn es beinhaltet viele Schutzrechte. Der Abschluss wäre auch ein wichtiges Signal, dass die EU handlungsfähig ist.

Stichwort EU-Kapitalmarktunion. Nicht allein der frühere Bundesfinanzminister Jörg Kukies, sondern eine ganze Reihe von Wirtschaftsweisen und Finanzmarktexperten halten einen „einheitlichen europäischen Kapitalmarkt für ein wichtiges Ziel, um Europa wettbewerbsfähiger zu machen und Startups den Zugang zu Risikokapital zu erleichtern". Es fließt zu viel Kapital aus Europa ab, das hier jedoch für die Finanzierung von Transformationen dringend benötigt wird und innereuropäische Transaktionen sowie wettbewerbsfähige Unternehmensfinanzierungen erleichtern und von unnötigen Kosten befreien würde. Jörg Rocholl sieht Deutschland in einer zentralen Stellung: „Der freie Fluss von Kapital in Europa könnte mit einem starken Impuls aus Deutschland neuen Schwung erhalten."

Dass die Kapitalmarktunion „etwas sehr Gutes ist, ist Konsens", so Kukies. Schwieriger werde es immer dann, wenn es darum gehe, „Sonderregelungen einzelner Staaten zu vereinheitlichen". In dasselbe Horn bläst hier auch der Bankenverband deutscher Banken: „Für die Fortentwicklung des EU-Kapitalmarkts ist es zwingend, dass die Wettbewerbsfähigkeit als Richtschnur sowohl für die Überarbeitung von bestehenden EU-Regeln als auch für neue Regelungen herangezogen wird. Auch für den Kapitalmarkt gilt: So viel Regulierung wie nötig – aber so wenig wie möglich".

„Wenig Regulierung" heißt im Kern: Entbürokratisierung; eine zwingende Notwendigkeit, um in allen Bereichen wettbewerbsfähiger zu werden. Eine Aussage von Karin Radström, Chefin von Daimler Truck, offenbart den „bürokratischen Irrsinn", unter dem europäische Unternehmen leiden: „Wir arbeiten in einer der am stärksten regulierten Branchen Europas. Um heute einen Lkw zuzulassen, muss man rund 20.000 (!!) Seiten an Vorschriften einhalten."

Zumindest in Teilen scheint „die Politik" das Problem erkannt zu haben. Lars Klingbeil appelliert an die EU-Kommission, „die Meldepflicht für große Unternehmen um 25 Prozent zu reduzieren – für kleine und mittlere Unternehmen sogar um noch mehr". Kurz und bündig fasst Meinrad Dreher von der Johannes Gutenberg-Universität Mainz die Notwendigkeit von umfassender Entbürokratisierung zusammen: „Nur wenn Europas Politiker die Ursachen der lähmenden Überregulierung ehrlich angehen, werden sie Erfolg haben."

Der souveräne Kontinent Europa gelingt noch in dieser Wahlperiode. Oder er gelingt nicht mehr

Ein Beispiel: Schleifung der noch immer viel zu hohen Binnenmarkthürden. DIE ZEIT zitierte aus einem Bericht des Internationalen Währungsfonds die folgenden Zahlen: Nach diesem „entsprechen die noch bestehenden Binnenmarkthürden innerhalb der EU einem Zollsatz von 44 Prozent auf Waren und sogar von 110 Prozent auf Dienstleistungen".
Europa hat aber nicht nur Hausaufgaben in den bisher angeführten Bereichen schnellstmöglich zu machen, um sich im internationalen Wettstreit zu behaupten, sondern kann sich auch dadurch gegen die Übermacht der USA auf vielen Feldern wehren, indem es beim Thema „Zölle" gegen Amerikas Dienstleister „zurückschlägt"; Stichwort Digitalsteuer.
Alexander Mühlauer: „Die EU muss endlich bereit sein, Konzerne wie Amazon und Meta steuerlich zu belasten. Nur so kann die EU diesem Präsidenten zeigen, dass sie seinen Zolldrohungen sehr wohl etwas entgegensetzen kann. Tut sie das nicht, wird es auch in Zukunft zu Deals kommen, die vor allem für eines stehen: ihre Hasenfüßigkeit." Eine Digitalsteuer wäre mehr als berechtigt und kann mit den gleichen Argumenten eingeführt werden, mit denen Trump die EU mit höheren Zöllen belastet: Die USA weisen gegenüber der EU einen enormen Handelsüberschuss bei digitalen Dienstleistungen auf.
Eine Digitalsteuer ist das eine, digitale Souveränität das andere, wovon jedoch in Europa keine Rede sein kann. Nach Henning Vöpel sind wir Europäer „mittlerweile meilenweit weg von digitaler Souveränität und haben das offenbar bereits akzeptiert". Rückstand akzeptieren – das kann und darf nicht die Haltung Europas sein.
Der „Digital-Gipfel" von Merz und Macron Anfang November hat dahingehend einiges an Fortschritten hin zur „digitalen Souveränität Europas" gebracht.
Insgesamt ist neben all dem ganz entscheidend: Europa muss viel selbstbewusster seine eigenen Stärken „ins Schaufenster stellen" bzw. auf den Verhandlungstisch legen!
Und da sprechen doch einige Fakten für eine Stärke Europas, die auch für die USA von Bedeutung und zu beachten sind: Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten unterhalten die weltweit umfangreichsten bilateralen Handels- und Investitionsbeziehungen und verfügen über die am stärksten integrierte Wirtschaftsbeziehung der Welt. Berücksichtigt man Waren, Dienstleistungen und Investitionen, sind die EU und die USA die mit Abstand größten Handelspartner des jeweils anderen. Kommen wir hier mal zu den „Daten und Fakten": Die ausländischen Direktinvestitionen der EU in den USA sind etwa zehnmal so hoch wie die EU-Investitionen in Indien und China zusammen. Ausfuhren aus den USA nach Europa sichern den Amerikanern 2,3 Millionen Arbeitsplätze. Zusätzlich sind 3,4 Millionen Arbeitskräfte in den USA dank der Investitionen von EU-Unternehmen in den USA beschäftigt.
Das sind Fakten, die nicht allein bei dem Thema „Zölle" mehr betont werden sollten, sondern auch bei Fragen des militärischen Schutzes Europas durch die USA.
Man sollte den Vorschlag der Europa-Union aufgreifen und „für die Vereinigten Staaten von Europa einen Zweiten Schumann-Plan für eine europäische Verteidigung und eine politische Union" angehen und dem Rat des Economist folgen: „Wenn die Europäer einen Sitz am Tisch der Großmächte haben wollen, müssen sie dafür arbeiten" – Chancen und Möglichkeiten hierfür gibt es mehr als genug; man muss sie „nur" ergreifen. Es gilt aber auch: Der souveräne Kontinent Europa gelingt noch in dieser Wahlperiode. Oder er gelingt nicht mehr.

Zusammenkunft ist ein Anfang. Zusammenhalt ist ein Fortschritt. Zusammenarbeit ist der Erfolg.

Henry Ford

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

nomios
www.nomios.de

VR Bank Schwäbisch Hall-Crailsheim eG
www.vrbank-sha.de

WABE
WOHNEN | ARBEITEN
BETREUEN | ENTWICKELN
www.wabe-hamburg.de

THOMAS PREUHS
Holding GmbH
www.preuhs-holding.de

....alles für Bäcker und Konditoren
BÄKO
Region Stuttgart eG
https://15516.gwsshop.de

WEIDEMANN
designed for work
www.weidemann.de/de

Posthotel
ACHENKIRCH
www.posthotel.at

oerlikon
balzers
www.oerlikon.com/balzers/de

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Starker „Europa-Tag“ des Senate of Economy Europe

Anfang November fand in Berlin im „Capital Club“ unter der Leitung von Dr. Walter Döring der diesjährige „Europa-Tag“ des Senate of Economy Europe statt. Mehr als 40 Senatorinnen und Senatoren nahmen gemeinsam mit den Vorständen der Senate International und Deutschland, Dieter Haerthe, Norbert Streveld und Christoph Brüssel, die Gelegenheit wahr, sich von den geladenen Referentinnen und Referenten zu deren Europapolitik aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln zu informieren.

Nach Dörings Begrüßung als Vorstandsvorsitzender des Senate of Economy Europe rief der Präsident des Senats der Wirtschaft Deutschland, Professor Burkhard Schwenker, eindringlich dazu auf, die Kontakte zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika „von hier aus“ zu intensivieren; dies vor allem im Bereich „Business“.
Der Europaabgeordnete Thomas Geisel mahnte, die Kontakte zu Russland trotz dessen „völkerrechtswidrigen Überfalls der Ukraine“ nicht gänzlich abzubrechen, denn schließlich gehöre „Russland zu Europa“.
Einen sehr informativen und breiten Überblick über die aktuellen Beziehungen zwischen Europa und den USA bot Julian Heißler, bis August noch Korrespondent der WirtschaftsWoche in Washington.
Sehr konkret schilderte der frühere baden-württembergische Ministerpräsident und heutige Geschäftsführer von EUTOP Stefan Mappus die komplexen Verhältnisse im EU-Parlament mit den zahlreichen unterschiedlichen Fraktionen und Gruppierungen, die es schwierig machen, Mehrheiten zu bilden, um zu angestrebten Ergebnissen zu kommen.

Volker Wissing brachte seinen reichen Erfahrungsschatz als ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister von Rheinland-Pfalz sowie Verkehrs-und Digitalisierungs-Bundesminister ein. Er stellte u.a. heraus, dass die EU eine „Wertegemeinschaft“ ist, so wie auch der Senate of Economy Europe. Darüber hinaus erläuterte Wissing auch die Bedeutung und die Aufgaben der EU als „Sicherheitsgemeinschaft“.
Abteilungsleiter Christoph Wolfrum, zuständig im Außenministerium für Europaangelegenheiten, forderte mit klaren Worten dazu auf, „transatlantisch zu bleiben, aber immer europäischer zu werden“.
Petra Warnecke, Bereichsleiterin Afrika in der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, GIZ, mahnte eindringlich, „Afrika nicht weiter zu vernachlässigen“, sondern „Afrika endlich als Chance für Europa anzunehmen“.
Senator Holger Schönherr unterstrich aus eigener langjähriger Erfahrung die Bedeutung des afrikanischen Kontinents für Europa, u.a. auch zur Gewinnung von gut ausgebildeten jungen Fachkräften.

Außenminister a.D. Jean Asselborn wurde zum Ehrensenator des Senate of Economy Europe berufen.
Er war der dienstälteste Außenminister der EU.

Deutschland ist in der Kernfusion weltweit führend

Energiekommission des Senats der Wirtschaft besucht das Max-Planck-Institut Greifswald

Mit dem Forschungsprojekt Wendelstein 7-X gilt Deutschland als weltweit führend in der Entwicklung sicherer Fusionsenergie. Beim Besuch der Energiekommission des Senats der Wirtschaft im Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Greifswald informierten sich die Senatorinnen und Senatoren über die realen Ergebnisse des Projekts. Es gilt als technologischer Durchbruch auf dem Weg zu einer wirksamen, sicheren und klimaneutralen Energiegewinnung.

Der Direktor des Max-Planck-Instituts und Leiter des Projekts Wendelstein 7-X, Professor Dr. Thomas Klinger, nahm sich einen Tag Zeit für die Delegation der Energiekommission des Senats. Er führte durch die Anlage und erläuterte die aktuellen Forschungsergebnisse sowie den technischen Ansatz, der eine kontrollierte und sichere Energiegewinnung ohne radioaktive Risiken ermöglicht.

Wendelstein 7-X ist der weltweit größte Fusionsreaktor vom Typ Stellarator. Er erreicht Temperaturen von bis zu 150 Millionen Grad Celsius, während seine supraleitenden Magnetspulen auf nahezu absolute Minustemperaturen gekühlt werden. Die Anlage befindet sich seit rund 25 Jahren in der Entwicklung. Eine bemerkenswerte Zeit jedoch benötigte die „Erfindung“ der „Maschine“, wie sie Prof. Klinger liebevoll nennt, ganze zehn Jahre Planung. Es folgten zwölf Jahre Bau, da nahezu alle Komponenten Unikate und erst zu erproben waren. Erst seit drei Jahren laufen die realen Experimente. Bereits jetzt wurden die längsten Plasmalaufzeiten und höchsten Energiewerte weltweit erzielt. Ziel ist ein stabiler Dauerbetrieb – ein entscheidender Schritt zur praktischen Nutzung der Fusionsenergie. Prof. Klinger rechnet mit weiteren fünf Jahren bis zur vollen Kraft und weiteren fünf oder mehr Jahren bis zum ersten Kraftwerk.

Das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik zählt zu den führenden Forschungseinrichtungen Europas. Unter der Leitung von Professor Klinger untersucht das Institut, wie sich Kernfusion als nahezu unerschöpfliche Energiequelle technisch realisieren lässt. Das Projekt gilt als Beleg für die Leistungsfähigkeit

deutscher Grundlagenforschung und den hohen Stellenwert internationaler Zusammenarbeit in der Energieentwicklung. Angesichts der Erkenntnis, dass sich der Energiebedarf weltweit noch verdoppeln wird, meint der international anerkannte Wissenschaftler, dass die Kernfusion es nicht allein lösen wird; ohne sie und vergleichbare Innovationen wird es jedoch enorm problematisch.

Der Senat der Wirtschaft versteht sich als Plattform für den Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Seine Arbeit orientiert sich an den Prinzipien einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft, die ökonomische Stärke, ökologische Verantwortung und gesellschaftliches Gemeinwohl miteinander verbindet.

JahresConvent 2025

Festlichkeit, Glanz und wertige Inhalte – im Maximilianeum München trafen sich Gäste aus Wirtschaft, Politik und internationaler Gesellschaft.
Von der Bundesregierung sprach die Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Silke Launert, neben weiteren Rednern aus der Politik. Ein Konzert des großartigen Festival-Ensembles Immling, unter Leitung von Cornelia Gräfin von Kerssenbrock, bescherte eine beeindruckende adventliche Stimmung.

UNIDO
SENAT DER
WIRTSCHAFT

Verleihung des SDG Innovation Awards 2025 mit breiter internationaler Beteiligung für die UN-Ziele

Bundesregierung, UN-Direktoren und internationale Politik beim Senat der Wirtschaft

Von Svenja Reimer

Der Senat für Wirtschaft und die United Nations Industrial Development Organization (UNIDO) ehrten gemeinsam innovative Pioniere aus Europa, Asien und Afrika, zusammen mit Vertretern der deutschen Bundesregierung, hochrangigen Gästen und internationalen Teilnehmenden. Ausgezeichnet wurden zum vierten Mal in Folge Initiativen und Projekte, die sich aktiv für die Sustainable Development Goals einsetzen und aufzeigen, wie die globalen Nachhaltigkeitsziele in Wirtschaft und Gesellschaft konkret verankert werden.

Die Auszeichnung stand im Zeichen breiter internationaler Beteiligung und politischer Unterstützung. Zahlreiche Beispiele belegen die wirksame Verbindung zwischen marktwirtschaftlichem Erfolg der Unternehmen bei gleichzeitiger Einhaltung der globalen Nachhaltigkeitsziele.

Rund 280 Bewerbungen aus 35 Ländern unterstreichen die Reichweite und wachsende Bedeutung des SDG Innovation Awards sowie das globale Bekenntnis zur Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung. Nominiert waren Nachhaltigkeitsprojekte aus Europa, Asien und Afrika, darunter Initiativen aus China, Sri Lanka, Südkorea, Indien, Togo, Kenia, Indonesien, Portugal, Belgien, der Schweiz und Deutschland.

Im Fokus der diesjährigen Einreichungen standen die Themenfelder Energie, Innovationen in der Landwirtschaft, nachhaltige Lieferketten, Textilwirtschaft und nachhaltige Stadtentwicklung. Verliehen wurde der SDG Innovation Award an internationale Unternehmen, innovative Städte und Bildungsinitiativen. Die in München ausgezeichneten Teilnehmer zeigen: Unternehmen können erfolgreich arbeiten und gleichzeitig Lösungen liefern, die Energie-, Bildungs- oder Klimafragen praktisch angehen.

Die Präsenz hochrangiger Persönlichkeiten bei der Preisverleihung in München verdeutlicht, welche Rolle der Senat der Wirtschaft übernimmt. Als Mitglied der Bundesregierung nahm Dr. Silke Launert, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt, an der Verleihung teil. Dr. Gerd Müller, Generaldirektor der UNIDO, würdigte gemeinsam mit der Fachjury die Preisträgerinnen und Preisträger für ihr herausragendes Engagement und zeichnete sie persönlich aus.

Ebenfalls vertreten waren die vormalige Ministerpräsidentin aus Togo, Victoire Tomegah Dogbé, sowie weitere internationale Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger. Weitere internationale Gäste der Politik sowie Delegationen aus Südkorea (aus Incheon und Seocho-gu) verdeutlichten die globale Dimension des Wettbewerbs, der auch weltweit einsetzbare Lösungen für nachhaltige Entwicklung sichtbar machen soll.

Ausgewählt wurden die Preisträger des SDG Innovation Awards von einer unabhängigen Fachjury, die sich aus hochkarätigen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und internationalen Organisationen zusammensetzt. Vorsitzender der Jury ist Dr. Martin Frick, Direktor des Welternährungsprogramms der UN. Wie bereits in den vergangenen Jahren wirkt Dr. Gerd Müller in der Fachjury mit. Ebenso gehören Prof. Dr. Estelle Herlyn, Dieter Overath, Prof. Dr. Anabel Ternès von Hattburg, Frithjof Finkbeiner, Max W. Römer, Prof. Dr. Thomas Heupel und Prof. Dr. Hendrik Müller der hochkarätigen Fachjury an. Bewertet wurden insbesondere Wirkung, Messbarkeit, Innovationsgrad, Skalierbarkeit und SDG-Bezug. Die praktische Umsetzung und nachweisbare Ergebnisse standen dabei im Mittelpunkt der Bewertung der Fachjury. Ausgezeichnet wurde in den drei Kategorien Unternehmen, Jugend und Bildung sowie Städte, Gemeinden und Landkreise.

Das Ziel des gemeinsamen Awards der UN-Organisation UNIDO mit dem Senat der Wirtschaft ist, aufzuzeigen, wie unternehmerische Lösungen für Energie-, Bildungs- oder Klimathemen mit wirtschaftlichem Erfolg entstehen. Beispiele machen deutlich, wie wirtschaftlicher Erfolg und Verantwortung für die Gesellschaft gemeinsam funktionieren können.

Die Preisträger des SDG Innovation Award 2025 im Überblick (in alphabetischer Reihenfolge):

Kategorie „Unternehmen“:
Brands Fashion (Deutschland)
Help-O (Sri Lanka)
Ralf Bohle GmbH/Schwalbe (Deutschland)
Suntec Togo (Togo)
Synhelion AG (Schweiz)
Volkswagen Group (Deutschland)

Kategorie „Jugend & Bildung“:
Capgemini (Frankreich)
Dreyer Stiftung (Deutschland)

Kategorie „Städte, Gemeinden & Landkreise“:
Cascais (Portugal)
Zichuan District (Shandong, China)

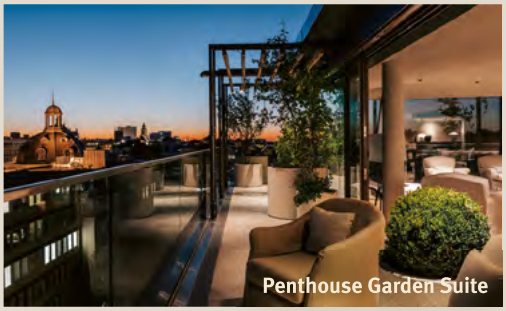
Nominierte:
Lean Energy Solutions Limited, Polindo Utama, Sea Water, Victus Dyeings, Stadt Gent, Incheon City, Seocho-gu (Seoul), iCONDU GmbH, Skill Up e.V., Stiftung Bildung

Alle Nominierten arbeiten eindrucksvoll heraus, wie innovative Ideen globale Herausforderungen wirkungsvoll mit einem lösungsorientierten und praxisnahen Fokus angehen können.
Zu den Gewinnern gehören in der Kategorie Unternehmen: Brands Fashion, Help-O aus Sri Lanka, Ralf Bohle/Schwalbe, Suntec Togo, Synhelion aus der Schweiz sowie die Volkswagen Group. In der Kategorie Jugend und Bildung wurden Capgemini und die Dreyer Stiftung ausgezeichnet. Bei den Städten und Kommunen setzten sich Cascais aus Portugal und der Zichuan District aus China durch. Weitere Nominierte kamen unter anderem aus Belgien, Indonesien, Indien und Südkorea.

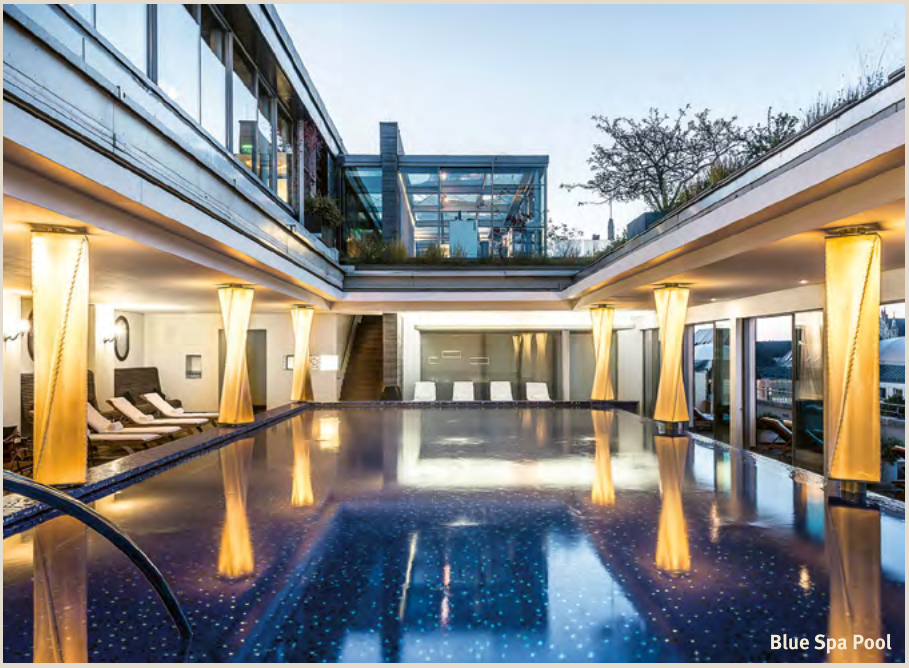
Rund 300 hochrangige Gäste aus Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Wissenschaft nahmen an der feierlichen Preisverleihung in München teil und würdigten gemeinsam das herausragende und vielfältige Engagement rund um die globalen Nachhaltigkeitsziele.

Weitere Informationen zu den Preisträgern und Nominierten mit Best-Practice-Beispielen können Interessierte direkt unter www.sdg-innovation.com abrufen. Aktuell informiert bleiben Sie zudem unter www.senat-deutschland.de.

BAYERISCHER HOF


Penthouse Garden Suite

Panorama Suite


Blue Spa Pool

Bird´s Nest

DIE VIELLEICHT ÄLTESTE TRADITION UNSERES HAUSES: SICH SELBST IMMER WIEDER NEU ZU ERFINDEN.

Silent Garden im Atelier

Das seit 1841 privat geführte Hotel Bayerischer Hof ist mit seinen 337 Zimmern inklusive 74 Suiten eine Institution unter den internationalen Luxushotels.

40 moderne Bankett- und Konferenzräume für bis zu 2500 Personen warten auf Ihre Events und unsere fünf Restaurants und sechs Bars lassen keine kulinarischen Wünsche offen. Im Blue Spa erwartet Sie auf 1.300 Quadratmetern ein einzigartiges Wellness-Refugium über den Dächern Münchens. Das Live-Entertainment im Night Club ist legendär und die Komödie im Bayerischen Hof steht für bestes Boulevardtheater.

Garden

Unser hauseigenes Kino, die astor@Cinema Lounge, welches vom renommierten belgischen Kunstsammler und Interior Designer Axel Vervoordt gestaltet wurde, garantiert auf gemütlichen Lounge-Sofas Unterhaltung der Extraklasse. Axel Vervoordt prägte nicht nur die Palaishalle und die beiden Gourmetrestaurants Atelier und Garden, den „Süd- und Nordflügel“ sowie die luxuriöse Penthouse Garden Suite mit seinem Stil, sondern auch das Restaurant Palais Keller und die Veranstaltungsräume in unserem historischen Palais Montgelas.

Tauchen Sie ein in die Welt des Hotels Bayerischer Hof und entdecken Sie Ihr - Home Away From Home.

Hotel Bayerischer Hof

Promenadeplatz 2-6
80333 München

Fon +49 89.21 20 - 0
Fax +49 89.21 20 - 906

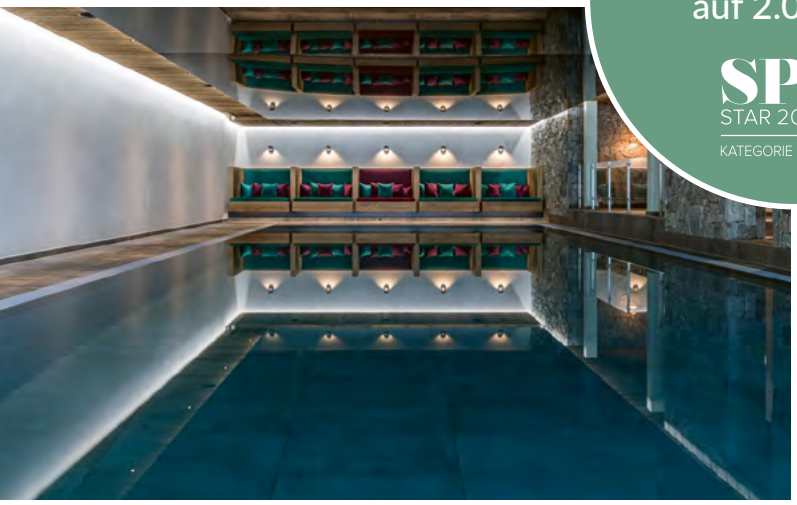
www.bayerischerhof.de
info@bayerischerhof.de

LEADING HOTELS

LEGEND Preferred HOTELS & RESORTS

Mit ausgezeichnetem
Heimat & Natur SPA
auf 2.000 qm

SPA STAR 2022
KATEGORIE NEWCOMER



RELAIS & CHÂTEAUX GUT STEINBACH HOTEL CHALETS SPA
Steinbachweg 10 | 83242 Reit im Winkl
Tel.: 08640 8070 | Mail: info@gutsteinbach.de
www.gutsteinbach.de

DER FEINSCHMECKER
GUIDE WELLNESHOTEL 2023
MICHELIN
RELAIS & CHATEAUX